Die Wohnungswirtschaft
Deutschland

Rückblick 2017

# Was wäre Deutschland ohne uns!

Herausgeber:
GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V.
Klingelhöferstraße 5
10785 Berlin
Telefon: +49 30 82403-0
Telefax: +49 30 82403-199

Brüsseler Büro des GdW
3, rue du Luxembourg
1000 Bruxelles
Telefon: +32 2 5501611
Telefax: +32 2 5035607
mail@gdw.de
www.gdw.de

© GdW 2018

Seite **Inhalt**


3 **Vorwort**

4 **Aus aktuellem Anlass …
Wohnungswirtschaft begrüßt Abschluss der Koalitionsverhandlungen**

8 **Wahl 2017: Wohnungswirtschaft fordert
Weichenstellung für neue Wohnungspolitik**

10 **Der GdW zur Bundestagswahl**

14 **Imagekampagne der Wohnungswirtschaft**

16 **Im Wahljahr: GdW vertritt Wohnungswirtschaft auf Bundesparteitagen**

18 **Mitten im politischen Geschehen – Neue GdW Geschäftsstelle**

20 **GdW 2017 live –
Veranstaltungen von und mit dem Spitzenverband der Wohnungswirtschaft**

27 **Alle Jahre wieder: Die Sommertour des GdW-Präsidenten**

30 **WohnZukunftsTag 2017: Von der digitalen Transformation und der Kraft
der Vernetzung**

34 **Serieller Wohnungsbau**

36 **Perspektiven für die Energieversorgung –
Der GdW begleitet das Mieterstromprojekt**

38 **Die Wohnungswirtschaft auf der Expo Real**

40 **Tag der Wohnungswirtschaft 2017 –
„Was wäre Deutschland ohne uns“**

43 **Azubi-Kampagne der Wohnungswirtschaft gewinnt
immobilienmanager Award 2017**

44 **Zusammenleben mit neuen Nachbarn –
Integrationspreis 2017 geht nach Lippstadt und Rheinsberg**

46 **Engagement für menschenwürdige Wohn- und Lebensverhältnisse –
Die Selbsthilfe-Projekte der DESWOS!**

50 **Die Wohnungswirtschaft – Print & Web**

52 **Ausblick 2018: Veranstaltungen**

52 **wi: Wohnungspolitische Informationen**

# Liebe Leserinnen und Leser,

vier Jahre „Zweckehe“ zwischen Umwelt- und Bauressort auf Bundesebene liegen hinter uns. Fazit: Nicht alles war schlecht. Aber auch nicht alles war gut. Letztlich hat sich die Kopplung eines extrem geschrumpften Baubereichs mit dem Umweltbereich aus Sicht der Praxis nicht bewährt. Das (voraussichtlich) künftige Ministerium für Inneres, Bau und Heimat kann deshalb als Bekenntnis gegen eine „Weiter-so-Mentalität“ gesehen werden.

Das Thema Wohnen spielt auch in dieser neuen Konstellation eine Schlüsselrolle für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland. Die Koalitionäre planen, einen deutlicheren Kurs als bisher in Richtung mehr bezahlbares Wohnen für die Menschen in Stadt und Land in Deutschland zu setzen. Letztlich wird es aber entscheidend auf die Handschrift des Ministers ankommen, ob hier das Thema inhaltlich angemessen vorangetrieben und auch insbesondere politisch vertreten wird.

Der Weg zum Koalitionsvertrag „Ein neuer Aufbruch für Europa – Eine neue Dynamik für Deutschland – Ein neuer Zusammenhalt für unser Land“ von Union und SPD war kein leichter. Die Baustellen, an denen der GdW gearbeitet hat und weiterhin intensiv arbeitet, sind groß und zahlreich. Beim Durchblättern dieses Heftes erfahren Sie Einiges über die Highlights der Wohnungswirtschaft auf dem Weg zu einer neuen Bundesregierung.

Erste Großbaustelle: die Bundestagswahl im Oktober. Erstmals haben wir diese mit einem ganz neuen, interaktiven Format begleitet, den „WohWi-Talks“. In insgesamt sieben Talkrunden in Berlin, Bochum, Köln und Hannover diskutierten Entscheider aus Politik und Wohnungswirtschaft über die Themen, die die Branche bewegen. Von der sozialen Verantwortung, über Wohnungsneubau und Energiewende bis hin zu Stadt-Land-Unterschieden und dem Wählerverhalten. Die Talkrunden wurden live ins Internet übertragen und erfreuten sich reger Beteiligung im Live-Chat, in dem die rund 300 bis 900 Zuschauer pro Ausgabe ihre Fragen direkt an die Talkshow-Gäste richten konnten. Auch ein brandneues Publikations-Format wurde im Zuge der Talkrunden entwickelt: In den neuen Fakten-Booklets der Wohnungswirtschaft sind alle großen Themenkomplexe der Branche in wenigen anschaulichen Grafiken und kurzen Texten übersichtlich dargestellt. Besonders gut kamen die Fakten-Hefte auf den Parteitagen an, auf denen der GdW wieder mit einem eigenen Stand vertreten war und den Entscheidern vor Ort die Herausforderungen und Lösungen der Wohnungswirtschaft erläuterte.

Zweite Großbaustelle: Die Wohnungswirtschaft hat unter dem Motto „Es gibt 82 Millionen Gründe dafür, dass es uns gibt“ ihre große bundesweite Imagekampagne sowie die neue Branchenwebsite www.wohnungswirtschaft.de gestartet. Zentrales Element ist eine groß angelegte Foto- und Plakataktion, bei der sich alle Wohnungsunternehmen weiterhin beteiligen können. Alle Materialien und eine interaktive Deutschlandkarte mit den Einträgen der Unterstützer finden sich im neuen Branchenportal. Mein Appell an Sie: Plakat ausdrucken, Foto schießen und einschicken – so landen auch Sie auf der Landkarte der Wohnungswirtschaft!

Dritte Baustelle: Der GdW hat seinen neuen Verbandssitz im politischen Herzen der Hauptstadt im Bezirk Mitte bezogen. Nur einen Steinwurf entfernt von Bundestag, Kanzleramt, Bundesrat und den Parteizentralen entfernt, ist der Spitzenverband der Wohnungswirtschaft nun auch räumlich noch dichter dran am politischen Geschehen.

Foto: GdW, Urban Ruths

**Axel Gedaschko**
Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen

Eine große gesellschaftliche Baustelle rückte der GdW mit der ersten Ausgabe des Integrationspreises ins Rampenlicht. Unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Juryvorsitz von ZDF-Moderator Mitri Sirin wurden beeindruckende vorbildhafte Integrationsprojekte von Wohnungsunternehmen im Rahmen des Bundeskongresses Nationale Stadtentwicklungspolitik in Hamburg geehrt.

Preisgekrönt wurde auch die Azubi-Kampagne der Wohnungswirtschaft. Sie gewann den immobilien manager Award 2017.

Weitere Highlights aus dem vergangenen Jahr: Bei den Branchen-Großveranstaltungen WohnZukunftsTag, Expo Real und dem Tag der Wohnungswirtschaft hat der GdW wieder zahlreiche Entscheider aus Politik, Wirtschaft und Verbänden zusammengebracht und die Innovationen rund um das Wohnen und Bauen vorgestellt.

Mit zahlreichen weiteren Veranstaltungen und Aktionen hat der GdW darüber hinaus die Belange der Branche in den Vordergrund gerückt und intensiv daran gearbeitet, die richtigen gesetzlichen Leitplanken zu setzen sowie nichts weniger als die Weichen für eine neue Wohnungspolitik zu stellen. Wie das im Einzelnen aussah und aussieht, erfahren Sie beim Blättern und Lesen in diesem Heft. Dabei wünsche ich Ihnen viel Freude und spannende Einblicke.

Herzlichst
Ihr

Axel Gedaschko

Präsident des GdW
Bundesverband
deutscher Wohnungs- und
Immobilienunternehmen e.V.

Aus aktuellem Anlass …

# Wohnungswirtschaft begrüßt Abschluss der Koalitionsverhandlungen

## Jetzt klaren Kurs für mehr bezahlbaren Wohnraum setzen!

- **Stärkung der Wohnraumförderung positives Signal**
- **Absenkung und Einschränkung der Modernisierungsumlage und Verlängerung des Bindungszeitraumes beim Mietspiegel blockieren Investitionen**
- **Realistische energetische Anforderungen an die Wohngebäude**

CDU/CSU und SPD haben am 7. Februar 2018 den Koalitionsvertrag für diese Legislaturperiode vorgestellt. Der Spitzenverband der Wohnungswirtschaft GdW begrüßt die Einigung. „Wir brauchen besonders angesichts der aktuellen politischen Herausforderungen in allen Bereichen eine stabile Regierung“, erklärte GdW-Präsident Axel Gedaschko dazu in Berlin. Die Wohnungswirtschaft sieht den Koalitionsvertrag mit einem lachenden und einem weinenden Auge. „Auf der einen Seite setzen die Parteien positive Impulse in Richtung Klimaschutz im Wohngebäudebereich und Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Auf der anderen Seite werfen wenig hilfreiche Regulierungsversuche im Mietrecht einen Schatten auf den Kompromiss“, so Gedaschko.

Künftig gibt es ein Ministerium für Innen, Bau und Heimat. Da sich die Kopplung eines extrem geschrumpften Baubereichs mit dem Umweltbereich aus Sicht der Praxis nicht bewährt hat, ist dies ein Bekenntnis gegen eine „Weiter-so-Mentalität“. Angesichts der Notwendigkeit, die Aufgaben rund um Bauen, Wohnen, Stadt- und Landentwicklung stärker zu bündeln, kann es gelingen, die Bereiche Bauen und Wohnen mit dem neu geschaffenen Bereich Heimat, aber auch Sicherheit und Aspekten der Integration zusammenzubringen.

Die Wohnungswirtschaft begrüßt, dass das „Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen“, die im Rahmen dessen begründete Innovationspartnerschaft sowie die Baukostensenkungskommission fortgesetzt werden. Der Spitzenverband GdW war hier in der letzten Legislaturperiode einer der maßgeblichen Akteure beim Einsatz für mehr bezahlbaren Wohnraum. Positiv ist zudem, dass zusätzlich eine Enquête-Kommission „Nachhaltige Baulandmobilisierung und Bodenpolitik“ eingesetzt werden soll. Sehr zu begrüßen sind die Pläne von Union und SPD, statt auf noch mehr Verschärfungen beispielsweise bei den energetischen Anforderungen vielfach auf Anreize zu setzen, auch für den Wohnungsbau. Einen Schatten auf die positiven Punkte des Koalitionsvertrags werfen allerdings die mietrechtlichen Vorhaben. Insbesondere die geplante Absenkung und Einführung einer Kappungsgrenze bei der Modernisierungsumlage sowie die Ausweitung des Bindungszeitraums bei qualifizierten Mietspiegeln auf 3 Jahre schießen über das Ziel hinaus. Statt für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen, sind diese Maßnahmen in ihrer Kombination geeignet, die Investitionstätigkeit in Klimaschutz und moderne Wohnverhältnisse zu verringern.

Einige Schlaglichter aus den Vereinbarungen und die Wertung der Wohnungswirtschaft finden Sie im Folgenden:

# Miete

### Mietpreisbremse verschärfen – Vormiete offen legen

Künftig sollen Vermieter die Vormiete offen legen müssen. Dadurch erhoffen sich die Koalitionäre mehr Transparenz am Wohnungsmarkt. „Dies wird bürokratischen Aufwand bedeuten. Wir appellieren, diesen so gering wie möglich zu halten. Ansonsten ist das ein Instrument, welches den Wohnungsunternehmen und den Mietern nicht schadet. Es löst allerdings auch die Probleme am Wohnungsmarkt nicht." Man kann es drehen und wenden wie man möchte, die Mietpreisbremse bleibt das falsche Mittel, um mehr bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen", so der GdW-Chef. Anreize für bezahlbaren Wohnungsbau seien hier das probate Mittel, auf welches man sich fokussieren müsse.

### Modernisierungsumlage absenken und Kappungsgrenze einführen

Kritisch betrachtet die Wohnungswirtschaft das Vorhaben, die Modernisierungsumlage von elf auf acht Prozent zu senken und eine Kappungsgrenze einzuführen. Demnach soll die monatliche Miete nach einer Modernisierung um nicht mehr als drei Euro pro Quadratmeter innerhalb von sechs Jahren steigen dürfen. „Wir gehen völlig konform mit dem Anliegen der Politik, die ‚schwarzen Schafe', die durch Luxusmodernisierungen ihre Mieter aus dem Haus drängen wollen, einzuschränken", so Gedaschko. Die Modernisierungsumlage nun aber durch zwei Regelungen so unverhältnismäßig stark zu beschneiden, hält der GdW-Chef für falsch. „Bei einer allgemeinen Kappungsgrenze von drei Euro hätte eine Absenkung des Prozentsatzes um 2 Prozentpunkte gereicht. Zudem ist der Zeitraum von sechs Jahren mindestens ein Jahr zu lang angesetzt. Hier entsteht ein unnötiges Risiko für den Klimaschutz in Deutschland, da gerade viele der Wohnungsunternehmen, die bezahlbaren Wohnraum anbieten, geplante Modernisierungsprojekte nicht mehr wie geplant umsetzen können." Der GdW-Chef appellierte an die Politik, zumindest über eine Kopplung der Modernisierungsumlage an den Zinssatz nachzudenken.

### Bindungszeitraum für qualifizierten Mietspiegel verlängern

Zudem soll der Bindungszeitraum für einen qualifizierten Mietspiegel von zwei auf drei Jahre verlängert werden. Damit soll der Mietanstieg gedämpft werden. Eine Verlängerung des Bindungszeitraums von zwei auf drei Jahre wird allerdings nicht zu einer wesentlichen Kostenreduzierung für die Kommunen führen und wirkt schlicht wie eine Manipulation an der Wirklichkeit des Marktgeschehens. Eine Verlängerung des Bindungszeitraums – egal an welcher Stelle – wird zu höheren Preissprüngen bei Mietern führen und Investitionen blockieren.

# Bauen

### Soziale Wohnraumförderung weiterführen

Die Wohnungswirtschaft begrüßt ausdrücklich, dass der Bund nach den Plänen der Koalitionäre auch über 2019 hinaus sozialen Wohnungsbau unterstützen soll. Hierfür sollen mindestens zwei Milliarden Euro investiert werden. Dafür ist eine Grundgesetzänderung nötig. „Das ist ein wichtiges Signal für die Wohnungsmärkte in Deutschland", erklärte Gedaschko. Nun komme es darauf an, dass die Länder nach der Zuweisung der Mittel durch den Bund dieses Geld kofinanzieren. Auch sollten sie die kürzlich im Rahmen einer Bund-Länder-Vereinbarung bereit gestellten Gelder aus der erhöhten Umsatzsteuerumlage für den Wohnungsbau einsetzen. „Wenn diese Möglichkeiten gebündelt werden, erwarten wir den dringend notwendigen Schub für den sozialen Wohnungsbau in Deutschland", so der GdW-Chef.

### Anreize für Wohnungsbau setzen

Grundsätzlich positiv wertet die Wohnungswirtschaft die Pläne der Koalitionäre, eine zeitlich befristete steuerliche Sonderabschreibung für den bezahlbaren Wohnungsbau einzuführen, wobei dies die dringend erforderliche Anhebung der Normalabschreibung auf 3 Prozent nicht ersetzt. „Gefährlich wäre jedoch eine zu starke räumlich Begrenzung, da diese Fokussierung in den Hotspots nur zu massiv steigenden Preisen führt. Deutlich besser wäre die dringend erforderliche Anhebung der linearen Abschreibung", erklärte der GdW- Präsident. Notwendig sei auch, dass den Wohnungsunternehmen als Alternative eine Investitionszulage gewährt wird, denn sie können eine Sonderabschreibung in aller Regel nicht nutzen.

Die Pläne, bestimmte Unternehmensformen von einem speziellen KfW-Bürgschaftsprogramm profitieren zu lassen, sieht die Wohnungswirtschaft als rechtlich unzulässig an. „Eine Förderung darf nicht von bestimmten Unternehmensformen abhängig gemacht werden. Entscheidend ist das Verhalten des jeweiligen Unternehmens und seine Aktivitäten für den bezahlbaren Wohnraum in Deutschland", so Gedaschko.

### Planungs- und Beschleunigungsgesetz verabschieden

Der GdW begrüßt ausdrücklich den Willen der Koalitionäre, ein Planungs- und Baubeschleunigungsgesetz zu verabschieden. Dazu gehört auch eine europarechtskonforme Beschleunigung der Vergabeverfahren. „Es müssen Regelungen eingeführt werden, die bundesweit gültige, einheitliche bauliche Zulassungen von mehrgeschossigen Mehrfamilienhaustypen bzw. Systembauten ermöglichen", so Gedaschko. Ein wichtiger Schritt hierfür ist die Vereinheitlichung brandschutztechnischer Vorgaben an Gebäuden. Viele innovative

# Energie

Entwicklungen scheitern an formalen tradierten Vorgaben. Es bedarf zukünftig einer Stärkung der Möglichkeiten für experimentellen Wohnungsbau. Hierfür sollten Experimentierklauseln im Baurecht geschaffen werden.

**Baukostensenkungskommission fortsetzen, Folgeabschätzung für die Kosten des Bauens und Wohnens vornehmen, Bauordnungsrecht harmonisieren**

Zudem begrüßt der GdW die Fortsetzung der Baukostensenkungskommission, die geplante verpflichtende Folgeabschätzung für jede neue Normung im Bereich des Bauens sowie die vorgesehene Harmonisierung des Bauordnungsrechts. Erst kürzlich haben Zahlen des Statistischen Bundesamtes gezeigt, dass die Baupreise für Wohngebäude im November 2017 gegenüber November 2016 um 3,4 % gestiegen sind. Das ist der höchste Anstieg der Baupreise seit zehn Jahren. Das Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen hat in der letzten Legislaturperiode umfassende Ergebnisse veröffentlicht, die dringend umgesetzt werden sollten.

**Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer**

Ein Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer beim erstmaligen Erwerb von Wohngrundstücken für Familien ist grundsätzlich zu begrüßen. Dennoch muss der Wettlauf bei der Grunderwerbsteuer endlich beendet werden. Der Grunderwerbsteuersatz muss auf ein investitionsfreundliches Niveau von 3,5 Prozent zurückgeführt werden. Besonders das Thema Grundstücke ist in diesem Zusammenhang entscheidend.

**Bundeseigene Grundstücke für sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen**

Die Absicht der Koalitionäre, Grundstücke des Bundes für Wohnbauflächen günstig bereitzustellen, ist hier ein wichtiger Schritt. Dies würde bedeuten, dass neben den Grundstücken der BIMA auch beispielsweise die Grundstücke des Bundeseisenbahnvermögens BEV umfasst wären.

Die Pläne der Koalitionäre, eine Grundsteuer C einzuführen, um den Kommunen das Recht einzuräumen, ungenutztes Bauland durch stärkere Besteuerung zu aktivieren, sind ebenfalls zu begrüßen. Bei der Reform ist aber eine generelle Besteuerung auf der Grundlage von Bodenrichtwerten abzulehnen.

**Keine Verschärfung der aktuellen energetischen Anforderungen**

Die Wohnungswirtschaft begrüßt ausdrücklich, dass die aktuell geltenden energetischen Anforderungen der Energieeinsparverordnung (EnEV) 2016 an den Wohnungsneubau und den Bestand weiter gelten sollen. Eine Umstellung der gesetzlichen Anforderungen auf CO2-Emissionen soll geprüft werden. Damit wurden zwei wichtige Forderungen der Wohnungswirtschaft umgesetzt. „Das ist ein gutes Zeichen für Mieter, Vermieter und den Klimaschutz“, so der GdW-Chef. Das wird planerische Kreativität für einen bezahlbaren Klimaschutz freisetzen. Ein „Weiter so“ mit weiterer linearer Verschärfung der ohnehin hohen Effizienzvorgaben im Gebäudebereich würde den Wohnungsbau weiter massiv verteuern und in keinem Verhältnis zum Nutzen für Mieter und Umwelt stehen.

**Gebäudesanierung fördern**

Der GdW begrüßt darüber hinaus, dass zur Erreichung der Klimaziele das sogenannte Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 vollständig umgesetzt werden soll. „Die darin enthaltene steuerliche Förderung für energetische Gebäudesanierung und die Beseitigung der steuerlichen Hemmnisse für Wohnungsunternehmen bei der Stromerzeugung sind positive Schritte, um das Klimaziel 2030 zu erreichen“, so Gedaschko. Entscheidend sei aus Sicht der Wohnungswirtschaft aber, dass die Unternehmen über eine Investitionszulage ein wirkungsvolles Anreizinstrument erhalten, um die energetische Modernisierung sozialverträglich voranzutreiben.

Die Wohnungswirtschaft appelliert darüber hinaus an die Politik, die nunmehr beschlossene Überprüfung bei der Verlagerung des Schwerpunktes der Klimapolitik auf die Reduktion der CO2-Emmissionen zu beschleunigen.

Ausdrücklich begrüßt wird die geplante Umsetzung der seit Jahren debattierten steuerlichen Förderung energetischer Sanierung. Vorgesehen ist eine Wahl zwischen einer Zuschussförderung und einer Reduzierung des zu versteuernden Einkommens. Der GdW favorisiert die Einführung einer Investitionszulage für die energetische Gebäudesanierung.

**Die Wertung der Wohnungswirtschaft**

gut | differenziert | schlecht

# Städte

### Städtebauförderung verstetigen

Der GdW begrüßt ausdrücklich die Absicht der Koalitionäre, die Städtebauförderung auf hohem Niveau fortzuführen. Die Städtebauförderung hat in der Vergangenheit wesentlich dazu beigetragen, einen stabilen Wohnungsmarkt und attraktive Wohnquartiere in Deutschland zu schaffen. Gerade in Schrumpfungsregionen sorgt sie dafür, die Attraktivität dieser Räume zu erhalten. Die Integration vor Ort erfordert ebenfalls große Aufmerksamkeit. Dazu gehört auch künftig ein starkes Programm Soziale Stadt.

### Strukturschwächen in ländlichen Räumen bekämpfen, Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ einsetzen

Die Probleme auf den Wohnungsmärkten können nicht in den Städten gelöst werden. Die Aufmerksamkeit muss daher ohne Frage stärker auf die schrumpfenden Regionen gerichtet werden. Grundlegende Strategie muss es daher sein, auch in den ländlichen Räumen lebendige Zentren zu erhalten. Die Infrastruktur und insbesondere der ÖPNV in strukturschwachen Regionen muss gesichert werden. Erforderlich sind geeignete Förderstrukturen, die durch Attraktivitätssteigerung der Abwanderungsregionen den Zuwanderungsdruck auf die Metropolen abschwächen. Neubauförderung in den Boomregionen steht in Konkurrenz zur Förderung attraktiver, gleichwertiger Lebensbedingungen in schrumpfenden Regionen. Deshalb begrüßen wir die Pläne der Koalitionspartner, eine Kommission für gleichwertige Lebensverhältnisse einzusetzen und konkrete Vorschläge zu erarbeiten. Die Wohnungswirtschaft steht mit all ihrer Erfahrung dazu zur Verfügung. Entscheidend ist allerdings, dass die Vorschläge dann auch zügig in konkretem Regierungshandeln münden.

„Was der deutsche Wohnungsmarkt am dringendsten braucht, lässt sich in wenigen Worten auf den Punkt bringen: mehr und vor allem bezahlbare Grundstücke, weniger Normen und Regulierung, eine Abkehr von der Preisspirale bei der Grund- und Grunderwerbsteuer sowie auch nach 2019 eine finanzielle Mitzuständigkeit des Bundes für den sozialen Wohnungsbau. Und wir müssen über Stadtgrenzen hinweg zusammen planen, um die Herausforderungen des Wohnungsmarktes zu lösen“, fasste Gedaschko zusammen. Viele dieser Punkte sind in den Koalitionsverhandlungen intensiv behandelt worden. Es kommt nun darauf an, zügig eine Regierung zu bilden und die niedergeschriebenen Pläne effektiv umzusetzen. „Deutschland braucht jetzt umgehend eine Regierung mit einem klaren Kurs für bezahlbaren Wohnraum.“

Die ausführliche Bewertung des Koalitionsvertrags durch die Wohnungswirtschaft finden Sie hier:
https://goo.gl/pVB2hN

# Wahl 2017: Wohnungswirtschaft fordert Weichenstellung für neue Wohnungspolitik

„Alle politischen Ankündigungen der vergangenen Monate zum Bauen und Wohnen haben in der Realität nicht zum erhofften Ziel geführt. Wir stehen aktuell vor der extremen Situation, dass Normalverdiener in Deutschlands Großstädten so gut wie keine bezahlbaren Wohnungen mehr finden." Das erklärte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, anlässlich der Vorlage eines Konzepts für eine neue Wohnungspolitik vor der Bundestagswahl.

In Deutschland herrschen nicht die notwendigen Voraussetzungen, um ausreichend bezahlbare Wohnungen in Wachstumsregionen zu bauen und gleichzeitig auf lange Sicht lebenswerte ländliche Räume zu schaffen. Das muss sich in der kommenden Legislaturperiode dringend ändern. „Wir brauchen eine starke und selbstbewusste Wohnungspolitik mit einem veränderten Kurs. Die zurückliegenden vier Jahre haben gezeigt, dass Wohnen und Bauen als Querschnittsthemen häufig zwischen anderen Politikfeldern aufgerieben werden. Deshalb ist ein eigenes starkes Ministerium mit politischem Gewicht, das die Bereiche Bauen, Wohnen, Stadt- und Landentwicklung, Raumordnung, Energieeffizienz, Klimaschutz, digitale Infrastruktur und Smart City umfasst, dringend notwendig. Nur so kann es gelingen, die Aufgaben rund um das Bauen und Wohnen zielführend zu koordinieren", so Gedaschko.

Die Weichen für eine neue Wohnungspolitik müssen umgehend gestellt werden. Der Spitzenverband der Wohnungswirtschaft GdW legte dazu seinen 14-Punkte-Masterplan vor.

# 14 Punkte für eine neue Wohnungspolitik

**1 Bundesbauministerium mit Gewicht**
Bauen und Wohnen brauchen ein eigenständiges Ministerium mit Zuständigkeit ebenso für Stadt- und Landentwicklung, Raumordnung, Energieeffizienz, Klimaschutz, digitale Infrastruktur und Smart City.

**2 Vorfahrt für den Wohnungsbau**
Wir brauchen eine bundesweit verbindliche Musterbauordnung, vergünstigtes Bauland der öffentlichen Hand – bereitgestellt unter der Voraussetzung der Konzeptqualität. Auch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben ist hier gefordert.

**3 Baukosten senken**
Die mehr als 20.000 Bauvorschriften und Anforderungen müssen konsequent auf den Prüfstand gestellt, die serielle und standardisierte Bauweise gefördert und dazu eine bundesweit gültige bauliche Zulassung für diese Gebäude geschaffen werden.

**4 Gutes Bauklima schaffen**
Planungsverfahren müssen vereinfacht und beschleunigt sowie die personellen Kapazitäten in den Bauämtern deutlich aufgestockt werden. Der Bund muss mithilfe einer deutschlandweiten Kampagne für mehr Akzeptanz von Neubauvorhaben sorgen.

**5 Ausgewogenes Mietrecht wahren**
Das interessengerechte Mietrecht in Deutschland und das Mieter-Vermieter-Verhältnis dürfen nicht durch Wohnungsbau-schädliche Regelungen aufs Spiel gesetzt werden. Das Kostenproblem beim Wohnen lässt sich nicht im Mietrecht lösen.

**6 Soziale Verantwortung fördern**
Die Wohnungswirtschaft übernimmt seit jeher Verantwortung für den Zusammenhalt der Gesellschaft und den sozialen Frieden. Auch deshalb sollte die Gründung kommunaler Unternehmen und von Genossenschaften stärker unterstützt werden.

**7 Steuerliche Regelungen der Realität anpassen**
Bezahlbarer Wohnungsbau braucht entsprechend dem heutigen Werteverzehr eine Anhebung der steuerlichen Normalabschreibung auf drei Prozent, in angespannten Märkten auf vier Prozent, eine zeitlich befristete und räumlich begrenzte steuerliche Sonderabschreibung sowie eine alternative Investitionszulage – und eine Grunderwerbsteuer von maximal 3,5 Prozent.

**8 Förderung ermöglicht bezahlbares Wohnen**
Der Bund muss sich im Zusammenspiel mit den Ländern auch nach 2019 weiter finanziell an der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe des sozialen Wohnungsbaus beteiligen. Die Städtebauförderung muss auf hohem Niveau fortgeführt und das Programm „Soziale Stadt“ gestärkt werden.

**9 Ländliche Räume stärken**
Die Infrastruktur in Regionen jenseits der Metropolen muss gesichert – Urbanität, Lebendigkeit und Vielfältigkeit gefördert werden, um die Attraktivität dieser Regionen vor allem für junge Menschen zu stärken.

**10 Integration – langfristige Aufgabe**
Integration ist eine langfristige, nationale Aufgabe, die vor allem in den Wohnquartieren stattfindet. Daher ist ein bundesweites, flexibles Sonderprogramm Integration notwendig.

**11 Bezahlbarer Klimaschutz**
Energieeinsparrecht und Förderung müssen unter Berücksichtigung des Endenergieverbrauchs konsequent auf das $CO_2$-Minderungsziel ausgerichtet werden. Die energetischen Anforderungen dürfen auf gar keinen Fall noch weiter verschärft werden. Der Blick muss weg vom Einzelgebäude hin zu einem quartiersumfassenden Ansatz.

**12 Mieter an der Energiewende beteiligen**
Die Energiewende braucht faire Regeln für die dezentrale Stromerzeugung und -verwendung. Dazu muss das Mieterstromgesetz weiter ausgebaut, bestehende steuerliche Hemmnisse abgebaut werden und Strom- und Wärmemarkt zusammenwachsen.

**13 Rückbau – ein bundesweites Thema**
Der Rückbau muss bundesweit in einer neuen Städtebauförderung verankert werden, denn er ist in demografisch schrumpfenden Regionen auch in den nächsten Jahren wegen der zu erwartenden zweiten Leerstandswelle unverzichtbar.

**14 Zuhause im Alter ermöglichen**
Die ambulante und telemedizinische Versorgung müssen ausgebaut, das KfW-Programm „Altersgerecht Umbauen“ vom Bund weiter verbessert und mittelfristig mit jährlich 100 Mio. Euro ausgestattet sowie geeignete technische Assistenzsysteme in das Leistungsrecht der Kranken- und Pflegekassen aufgenommen werden.

# Der GdW zur Bundestagswahl

## Die Wohnungswirtschaft zur Bundestagswahl

**Wohnungswirtschaft fordert Weichenstellung für neue Wohnungspolitik in Deutschland Spitzenverband der Wohnungswirtschaft GdW legt Bewertung der wichtigsten Punkte zur Wohnungspolitik in den Wahlprogrammen vor**

Alle Informationen zu den Forderungen der Wohnungswirtschaft und den Aktionen des GdW im Wahljahr 2017 finden Sie auf https://wahl2017.wohnungswirtschaft.de/

Die Website der Wohnungswirtschaft zur Bundestagswahl

## Interviewserie

In einer 10-teiligen Interviewserie zur Bundestagswahl sprach die wi-Redaktion mit dem Wohnungspolitischen Sprecher der SPD, Michael Groß, Caren Lay, Sprecherin für Mieten-, Bau- und Wohnungspolitik DIE LINKE, Chris Kühn, Sprecher für Bau- und Wohnungspolitik BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und Marie-Luise Dött, Baupolitische Sprecherin der CDU/CSU über Digitalisierung, Energieeffizienz, soziale Wohnraumförderung, Demografie und weitere wichtige Themen der Wohnungspolitik.

Die kompletten Interviews finden Sie in unserer wi-Sonderausgabe auf der GdW Internetseite unter https://goo.gl/P3x7AP

# #WohWiTalks

## Erster #WohWiTalk: Soziale Verantwortung beim Wohnen

Mit der ersten Ausgabe des neuen Gesprächsformats „WohWi Talk“ startete die Wohnungswirtschaft erfolgreich in den Bundestagswahlkampf. Am 27. März 2017 bildete die Runde zum Thema „soziale Verantwortung“ den Auftakt des neuen Gesprächsformats in Berlin, das per Livestream auch ins Internet übertragen wurde.

Bei der Premiere der Veranstaltungsreihe, die bis zur Bundestagswahl im September noch insgesamt fünf Mal stattfand, diskutierten: die CDU-Bundestagsabgeordnete Silvia Jörrißen, Berichterstatterin für den Bereich Wohnungswirtschaft im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, die wohnungspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Michael Groß, der LINKEN-Fraktion, Caren Lay, der Grünen-Fraktion, Chris Kühn, sowie Sebastian Czaja, Fraktionsvorsitzender der FDP im Berliner Abgeordnetenhaus. Die Wohnungswirtschaft war auf dem Podium durch Dr. Thomas Hain, Geschäftsführer der Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte, vertreten.

**Einmischen erwünscht**

Die Diskussion unter der Moderation von André Tonn vom Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) wurde per Livestream ins Internet übertragen und war so für ein großes Publikum sichtbar. Darüber hinaus gab es für alle Zuschauer die Möglichkeit, über eine Live-Chat-Funktion oder per Twitter mit dem Hashtag #WohWiTalk Fragen an die Podiumsteilnehmer zu richten, die dann in Echtzeit beantwortet wurden. Diese Option fand großen Anklang und so wurden im Verlauf des Abends zahlreiche Fragen gestellt und diskutiert.

**Moderator André Tonn (rbb) mit Sylvia Jörrißen (CDU), Michael Groß (SPD), Caren Lay (DIE LINKE), Chris Kühn (Grüne), Dr. Thomas Hain (Nassauische Heimstätte) und Sebastian Czaja (FDP) (v. l.)**

## Zweiter #WohWiTalk: Willkommenskultur für Bagger und Neubau

Anlässlich der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen (NRW) fand die zweite Auflage des im März erfolgreich gestarteten #WohWiTalk am 2. Mai 2017 in Gelsenkirchen statt. Gastgeber war die Vivawest Wohnen GmbH. Unter der Moderation von Jürgen Zurheide (WDR) diskutierten die Bundestagsabgeordneten Sylvia Jörrißen (CDU/CSU), Michael Groß (SPD), Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Barbara Schmidt, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Landschaftsverband Westfalen-Lippe und Direktkandidatin Bielefeld, sowie Claudia Goldenbeld, Geschäftsführerin der Vivawest Wohnen GmbH.

Stellvertretend für die Branche und im Namen der NRW-Wohnungswirtschaft begrüßte Alexander Rychter, Verbandsdirektor des Verbandes der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen (VdW), die Podiumsteilnehmer und Gäste vor Ort.

**Vorfahrt oder Stoppschild?**

Mit der Frage „was kann und muss getan werden, damit der Wohnungsbau in Deutschland angekurbelt wird, damit Bagger Vorfahrt bekommen und damit die Behebung des Mangels an Neubau wirklich Realität wird?“, wurde die Diskussionsrunde von Jürgen Zurheide eingeleitet.

Foto: Vivawest Wohnen GmbH, Dirk Bannert

**Oliver Krischer (Grüne), Sylvia Jörrißen (CDU), Claudia Goldenbeld (Vivawest), Moderator Jürgen Zurheide (WDR), Barbara Schmidt (Linke), Michael Groß (SPD) und Alexander Rychter (VdW) (v. l.)**

# Dritter #WohWiTalk zum Klimaschutz: Energetische Sanierung ist kein Selbstzweck

Wie können wir es schaffen, ein hohes Maß an Klimaschutz mit geringinvestiven Einsparmaßnahmen in Wohngebäuden zu verbinden? Wie können Mieter aktiv an der Energiewende beteiligt werden? Antworten darauf gilt es zu finden, wenn das Projekt Energiewende in Deutschland gelingen soll.
Im Rahmen des dritten #WohWiTalks diskutierten dazu am 29. Mai 2017 unter der Moderation von Welt/N24-Journalist Michael Fabricius die Bundestagsabgeordneten Dr. Herlind Gundelach (CDU), Klaus Mindrup (SPD) und Dr. Julia Verlinden (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sowie René Gansewig, Vorstandssprecher der NEUWOBA Neubrandenburger Wohnungsbaugenossenschaft.

Wie lässt sich die Energiewende im Gebäudebereich für alle bezahlbar gestalten? Diese Frage bestimmte die etwa einstündige Diskussion. René Gansewig (NEUWOBA) als Vertreter aus der Praxis unterstrich den Zielkonflikt beim Thema energetische Sanierung: „Wir müssen ganz genau überlegen, damit zukünftige Investitionen nicht in einem Investoren-Nutzer-Dilemma enden." Als Vermieter achte er darauf, dass die Wohnkosten durch die Modernisierungen nicht weiter steigen. In den letzten Jahren seien hierfür zahlreiche geringinvestive Maßnahmen für mehr Energieeffizienz ergriffen worden. Heizungsanlagen seien ausgetauscht, Fenster gedämmt worden. „Durchschnittlich 100 Kilowattstunden Energieeinsparung pro Quadratmeter im Jahr ist in unseren Gebäuden zu verzeichnen", so Gansewig. Die Mieter sparten hierdurch teilweise Kosten, gleichzeitig seien aber die Investitionskosten stark gestiegen. Die Einsparpotenziale seien letztendlich durch Preissteigerungen, beispielsweise bei der Fernwärme, stark eingeschränkt.

**Sozialverträgliche Energiewende**

„Wir brauchen eine sozialverträgliche Energiewende", erklärte Moderator Michael Fabricius (Welt/N24), und stellte beispielhaft einen Fall starker Mietsteigerung infolge energetischer Sanierung in Berlin dar.

Foto: Tina Merkau

**BU: Michael Fabricius (Welt/N24), Dr. Herlind Gundelach (CDU), Klaus Mindrup (SPD), Dr. Julia Verlinden (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und René Gansewig (NEUWOBA) (v. l.)**

# WohWi-Doppeltalk: Überlastete Metropolen und strukturschwache ländliche Räume

Unter dem Motto Ländlicher Raum/Schwarmstädte wurde am 28. August 2017 in zwei zeitlich direkt hintereinander stattfindenden #WohWiTalks in Düsseldorf und Hannover diskutiert. Sowohl die Metropolregionen als auch die ländlichen Räume kämpfen mit Herausforderungen für die Schaffung von Wohnraum. Beide Sichtweisen fanden so Beachtung.

Stellvertretend für die Metropolregionen diskutierten in Düsseldorf die Bundestagsabgeordneten Thomas Jarzombek (CDU), Andreas Rimkus (SPD) sowie Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, stellvertretende Bundesvorsitzende der FDP, Wolfgang Freye, Mitglied des Essener Stadtrats und Fraktionschef der LINKEN im Regionalverband Ruhr und Thomas Hummelsbeck, Mitglied der Geschäftsführung Rheinwohnungsbau GmbH. Steffi Neu, bekannt aus dem Westdeutschen Rundfunk, moderierte die Runde.

Unter der Moderation von Dr. Klaus Wallbaum vom niedersächsischen Politikjournal „rundblick" widmete sich die Hannover Talkrunde dem Schwerpunkt ‚Boomende Großstädte vs. Ländlicher Raum'. Dazu trafen die Bundestagsabgeordneten Kerstin Tack (SPD) und Sven-Christian Kindler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) auf den stellvertretenden CDU-Kreisvorsitzender Hannover-Stadt, Maximilian Oppelt, und den Fraktionsvorsitzenden der FDP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Christian Dürr. Karl Heinz Range war als Geschäftsführer der KSG Hannover stellvertretend für die Wohnungswirtschaft im Plenum vertreten.

In beiden Talkrunden war man sich einig, dass vor allem der Zugang zu schnellem Internet und eine gute Anbindung an den öffentlichen Personen- und Nahverkehr wichtig sind um in Zukunft das Leben und Wohnen in ländlichen Regionen attraktiver zu machen. Kerstin Tack sprach von einem Strauß an Dingen die, auf die Ortswahl des Lebensmittelpunktes einen entscheidenden Einfluss haben. Neben Internet und Mobilität sind auch Bildungseinrichtungen, medizinische Versorgung und der Einzelhandel wichtige Punkte.

# Letzter #WohWiTalk vor der Bundestagswahl – Wer wählt wie und warum?

Wie funktioniert der Bundeswahlkampf und welche Standpunkte vertreten die Parteien zu den wichtigen Themen der Wohnungswirtschaft? Mit Blick auf die Reichstagskuppel und die Hauptstadt-Skyline fand am 7. September 2017 auf dem Dach des Deutschen Bundestages der abschließende #WohWiTalk des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW statt. Die ehemaligen Bundestagsabgeordneten Leo Dautzenberg (CDU) und Klaus Uwe Benneter (SPD) diskutierten mit GdW-Präsident Axel Gedaschko und dem Bestsellerautor und Unternehmer Roman Maria Koidl.

Die Runde diskutierte den aktuellen Wahlkampf der Parteien, die politischen Herausforderungen der neuen Regierung und potenzielle Gefahren für die Demokratie. Moderiert wurde der Talk von Dr. Daniel Delhaes, Korrespondent beim Handelsblatt. Aus seinem aktuellen Buch „Warum wir IRRE wählen", lieferte Roman Maria Koidl wichtige Diskussions- und Denkanstöße.

Foto: Tina Merkau

**Die Podiumsteilnehmer des letzten WohWi-Talks vor der Bundestagswahl diskutierten unter anderem das Wahlverhalten der Deutschen.**

**Das Thema Wohnen ist außen vor im Bundeswahlkampf 2017**

Obwohl brisant und hochpolitisch, wurde das Thema Wohnen weder im TV-Duell mit den Kanzlerkandidaten noch im Wahlkampf von den Parteien zu einem der großen Schwerpunkte. „Es ist ein schwieriges Thema. Die Probleme beim Thema Wohnen können nicht innerhalb einer Legislaturperiode gelöst werden", stellte GdW-Präsident Axel Gedaschko fest. „Keine Regierung kann damit schnelle Erfolge feiern." Die Wohnungswirtschaft fordert aus diesem Grund für die nächste Legislaturperiode ein eigenes Bauministerium mit Zuständigkeit für die Themen Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung, Smart Cities, Raumordnung, digitale Infrastruktur und Energieeffizienz.

Fotos: Tina Merkau

**GdW-Präsident Axel Gedaschko, Bestsellerautor Roman Maria Koidl, Leo Dautzenberg (CDU), Klaus Uwe Benneter (SPD) und Dr. Daniel Delhaes, Korrespondent beim Handelsblatt (v. l.).**

## Fakten-Booklets

Begleitend zur politischen Arbeit des GdW im Wahljahr erschienen insgesamt sieben Fakten-Booklets die übersichtlich, alle wichtigen Punkte und Forderungen der Wohnungswirtschaft zusammenfassen.

Online stehen Ihnen alle Booklets als PDF zum Download zur Verfügung:
http://web.gdw.de/service/publikationen/fakten-booklets

# Imagekampagne der Wohnungswirtschaft

## Wohnungswirtschaft startet Imagekampagne und Branchenwebsite www.wohnungswirtschaft.de

**Unter dem Motto „Es gibt 82 Millionen Gründe dafür, dass es uns gibt", startete die Wohnungswirtschaft am 2. Mai 2017 eine bundesweite Imagekampagne. Gut und sicher wohnen zu bezahlbaren Mieten – die Motive der Kampagne zeigen, was die Wohnungswirtschaft in Deutschland für ihre Mieter und für die Gesellschaft leistet: Als Wirtschaftsmotor und Arbeitgeber, mit fairen Mieten für gutes Wohnen und engagiert beim nachhaltigen Handeln, Klimaschutz und der sozialen Stadtentwicklung.**

„Wir wollen ab heute noch deutlicher zeigen, was hinter der Marke ‚Wohnungswirtschaft' steckt", erklärte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft zum Kampagnenstart in Berlin. Rund 3.000 kommunale, genossenschaftliche, kirchliche, privatwirtschaftliche, landes- und bundeseigene Wohnungsunternehmen sowie 14 starke Regionalverbände und der Spitzenverband GdW stehen für die Wohnungswirtschaft in Deutschland. Diese Unternehmen bewirtschaften fast 6 Millionen Wohnungen und geben rund 13 Millionen Menschen ein Zuhause.

Quelle: www.wohnungswirtschaft.de

**Die Branchenwebsite www.wohnungswirtschaft.de**

Die in der Wohnungswirtschaft organisierten Unternehmen bewirtschaften knapp 61 Prozent der 1,4 Mio. deutschen Sozialwohnungen und sind die maßgeblichen Akteure für den Bau öffentlich geförderter Wohnungen. Die Durchschnittsmiete der knapp 6 Mio. Wohnungen der Wohnungswirtschaft liegt bei 5,36 Euro pro Quadratmeter und auch auf den angespannten Wohnungsmärkten der 'Hotspots' liegen die Mieten häufig weit unter der ortsüblichen Vergleichsmiete. „Mit der Kampagne zeigt die Wohnungswirtschaft auch, dass sie ihren gesellschaftspolitischen Auftrag ernst nimmt und sich den aktuellen Herausforderungen am Wohnungsmarkt stellt“, so Gedaschko. Die Kampagne richtet sich deshalb insbesondere an Entscheider in Politik und Wirtschaft, aber auch an die Öffentlichkeit.

Alle Fakten, Informationen und Motive der Kampagne sind unter www.wohnungswirtschaft.de, der neuen Branchen-„Home“-Page, gebündelt dargestellt. Ein zentrales Anliegen der Kampagne ist es, der Branche ein Gesicht zu geben und zu zeigen, wo die Wohnungswirtschaft überall in Deutschland vertreten ist. Einen ersten Eindruck davon kann man sich auf einer interaktiven Deutschlandkarte verschaffen.

Das Konzept für die Imagekampagne der Wohnungswirtschaft wurde von Robert Körtge, Konzeption & Art Direction, und Daniel Freier, Copywriter, aus Berlin entwickelt. Die Website und die Umsetzung erfolgt durch design alliance Büro Roman Lorenz und HDpublish, München.

Quelle: https://kampa-fotos.wohnungswirtschaft.de

**Die interaktive Deutschlandkarte unter https://kampa-fotos.wohnungswirtschaft.de**

**„Wir sind die Wohnungswirtschaft“: Über 300 Akteure aus der Wohnungswirtschaft beteiligten sich an der gemeinsamen Foto-Aktion zur Imagekampagne.**

# Im Wahljahr: GdW vertritt Wohnungswirtschaft auf Bundesparteitagen

Das Wahljahr 2017 war politisch ein bewegtes Jahr. Nach der heißen Wahlkampfphase wurde im September der neue Bundestag gewählt. Die Rückkehr der FDP und der erstmalige Einzug der AfD verändern die Zusammensetzung der Parteienlandschaft grundlegend. Der Spitzenverband der Wohnungswirtschaft GdW hat die politischen Vertreter auf verschiedenen Parteitagen über die aktuellen Herausforderungen der Wohnungswirtschaft informiert und mit ihnen über die sich daraus ergebenden Forderungen der Branche diskutiert.

**GdW auf dem FDP-Bundesparteitag**

Unter dem Motto „Schauen wir nicht länger zu" fand der Bundesparteitag der FDP Ende April 2017 in der STATION in Berlin statt. Neben der Beratung des Wahlprogramms wurde auch die Führungsriege neu gewählt beziehungsweise größtenteils im Amt bestätigt. Der GdW war – wie in den letzten Monaten auch bei SPD, CDU und den Grünen – auch hier wieder mit einem eigenen Stand vertreten. Über die drei Tage gab es so die Möglichkeit, sich über die Themen rund um Wohnungsneubau und bezahlbares Wohnen zu informieren, auszutauschen und zu diskutieren.

**Die heiße Phase vor der Wahl – GdW auf den Parteitagen der Grünen und der SPD**

Knapp drei Monate vor der Bundestagswahl am 24. September 2017 haben sowohl BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Bundesdelegiertenkonferenz als auch die SPD auf ihrem außerordentlichen Bundesparteitag die heiße Wahlkampfphase eingeläutet. Der Spitzenverband der Wohnungswirtschaft GdW war mit seinem mobilen Wohnzimmer dabei, als die jeweiligen Spitzenkandidaten und die vielen Delegierten ihr Programme präsentierten und beschlossen. Prominente Spitzenpolitiker informierten sich am GdW-Stand über das bezahlbare Wohnen und Bauen in Deutschland, darunter die Vorsitzende der Grünen-Fraktion im Deutschen Bundestag, Katrin Göring-Eckardt, der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesbauministerium, Florian Pronold, der wohnungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Michael Groß, und Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller.

Foto: FDP, Matthias Hornung

Foto: FDP, Matthias Hornung

Foto: GdW

Foto: GdW

**GdW-Pressesprecherin Katharina Burkardt (links) mit Christian Lindner, Bundesvorsitzender der FPD**

**Wolfgang Kubicki (rechts), stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP, mit Dr. Christian Lieberknecht, Geschäftsführer des GdW**

**Die weibliche Hälfte des Grünen Spitzen-Duos Katrin Göring-Eckardt mit GdW-Referent Olaf Mangold**

**Der wohnungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Michael Groß, mit GdW-Pressesprecherin Katharina Burkardt und GdW-Referent Olaf Mangold (v. l.)**

## Nach dem Scheitern der Sondierungsgespräche – Der GdW auf dem Parteitag der Grünen

„Zukunft ist was wir draus machen“ – Unter diesem Motto stellten sich BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN auf ihrem Parteitag am 25. November 2017 in Berlin ihrer politischen Zukunft. Nach der Enttäuschung über das Scheitern der Sondierungsgespräche signalisiert die Partei Gesprächsbereitschaft und hält sich auch die Möglichkeit einer Beteiligung an einer Minderheitsregierung offen. Der Spitzenverband der Wohnungswirtschaft GdW informierte vor Ort über die aktuellen Herausforderungen der Wohnungswirtschaft und die sich daraus ergebenden Forderungen der Branche an die Politik und eine zukünftige Regierung.

## Der GdW auf dem SPD-Parteitag

Nach dem Scheitern der Sondierungsgespräche für eine mögliche Jamaika-Koalition, ist der Druck auf die Politik auch auf dem SPD Parteitag spürbar. Die SPD muss und möchte sich erneuern. Auch deswegen ist die erneute Möglichkeit zur Bildung einer Große-Koalition innerhalb der Partei umstritten. Unter dem Motto „Das ist unser Weg: Modern und gerecht“ wurde an drei Tagen kontrovers diskutiert. Der Spitzenverband der Wohnungswirtschaft GdW hat über die wichtigen Punkte der Wohnungswirtschaft informiert und mit den politischen Vertretern, darunter Bundesministerin Barbara Hendricks, Gunther Adler, Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit sowie Abgeordnete des Bundestags über notwenige Schritte in der Wohnungspolitik gesprochen.

Foto: GdW

Foto: GdW

Foto: GdW

Foto: GdW

**Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller mit GdW-Referent Olaf Mangold (v. r.)**

**GdW-Referent Olaf Mangold mit Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung in Schleswig-Holstein (v. l.).**

**GdW-Referent Olaf Mangold mit Anton Hofreiter, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Bundestag**

**Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft mit Bundesministerin Barbara Hendricks**

# Mitten im politischen Geschehen – Neue GdW-Geschäftsstelle

Foto: Urban Ruths

Nach langer Planung war es Ende Oktober endlich soweit und der GdW konnte in seine neuen, eigenen vier Wände ziehen. Davor war der Hauptgeschäftssitz des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft seit 1999 im Gebäude der Deutsche Wohnen in der Mecklenburgischen Straße in Berlin angesiedelt, wo er bereits seit 1991 mit einem kleinen Außenbüro vertreten war. Mit dem Umzug in die Klingelhöferstraße rückt der Verband nun auch räumlich ganz nahe an das politische Zentrum Berlins, nur einen Steinwurf entfernt von CDU-Zentrale, Kanzleramt, Bundestag und -rat.

Der jetzige Standort, Klingelhöfer Dreieck am Tiergarten, benannt nach dem SPD-Politiker Gustav Klingelhöfer, liegt fast genau in der geographischen Stadtmitte zwischen dem alten Berlin und der Stadt Charlottenburg. Ehemals erbaut als gehobenes Villen- und Botschaftsviertel am Tiergarten, wurde es im Zweiten Weltkrieg schwer zerstört. Nach der deutschen Wiedervereinigung wurde das Tiergarten-Dreieck 1995 im Rahmen eines internationalen städtebaulichen Wettbewerbs in parzellierter Blockrandbebauung um einen kleinen Park neu errichtet. Dabei diente das frühere Botschafts- und Villenviertel als Vorbild.

In unmittelbarer Nachbarschaft zum neuen GdW-Sitz befinden sich auch heute unter anderem die Mexikanische sowie die Nordischen Botschaften, die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Repräsentanzen einiger deutscher Bundesländer.
Die Räumlichkeiten im neuen Gebäude bieten ausreichend Platz für die verbandseigenen Fachtagungen und Veranstaltungen.

Foto: Urban Ruths

Foto: Urban Ruths

# GdW 2017 live – Veranstaltungen von und mit dem Spitzenverband der Wohnungswirtschaft

Quelle: GdW

## Jahresauftakt 2017: Nationaler Prüferkongress des GdW in Berlin

Auch das Jahr 2017 startete wieder mit der großen Auftaktveranstaltung der wohnungswirtschaftlichen Prüfer in Berlin. Ziel ist der Erfahrungs- und Wissensaustausch zu fachlichen Themen und politischen Herausforderungen. Rund 90 Wirtschaftsprüfer und erfahrene Prüfer aus den regionalen Prüfungsverbänden des GdW und den angeschlossenen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften trafen sich am 9. und 10. Januar 2017 zum 18. Nationalen Prüferkongress des GdW in Berlin.

Die diesjährigen Themenschwerpunkte waren aktuelle berufsrechtliche und politische Entwicklungen, die Umsetzung von (Tax) Compliance Systemen in Wohnungsunternehmen sowie aktuelle Themen und Fragestellungen der Bilanzierung und Prüfung von Wohnungs- und Immobilienunternehmen. Michael Sell, Ministerialdirektor im Bundesministerium der Finanzen, hielt einen der fachlichen Beiträge zum Thema „Tax Compliance Management Systemen", deren Einrichtung und Prüfung". Weitere hochkarätige Gastredner aus Politik und Praxis trugen wesentlich zum Gelingen der 2-tägigen Veranstaltung bei.

**Michael Sell, Ministerialdirektor im Bundesministerium der Finanzen**

Fotos: GdW

**Gerhard Ziegler, Präsident der Wirtschaftsprüferkammer Berlin**

# Jahresempfang der BID: Neue Wege beim Klimaschutz notwendig – Wohnen muss bezahlbar bleiben

Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland

Foto: BID/Urban Ruths

**Die Präsidenten der Verbände in der Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland (BID) mit Bundesbauministerin Dr. Barbara Hendricks und Wirtschafts-Staatssekretärin Iris Gleicke.**

„Die Immobilienbranche bekennt sich zu ihrer Vorreiterrolle beim Klimaschutz und wird auch künftig einen großen Beitrag leisten", erklärte Andreas Ibel, Vorsitzender der BID und Präsident des Bundesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen (BFW) auf dem Jahresempfang der Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland (BID) am 25. Januar 2017.

„Wir werden die Energiewende nur schaffen, wenn Wohnen klimafreundlich und bezahlbar bleibt! Die Energieeinsparung im Gebäudesektor ist um ein Vielfaches teurer als in anderen Sektoren. Hier lässt sich der Bedarf von mehr bezahlbarem Wohnraum nicht mit den höchst ehrgeizigen Klimaschutzzielen vereinbaren. Verlierer sind all jene, die auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind", betonte Ibel.

Auf dem Jahresempfang diskutierten Immobilienexperten mit Bundesbauministerin Dr. Barbara Hendricks und Iris Gleicke, Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

Foto: BID/Urban Ruths

**Der BID-Vorsitzende und BFW-Präsident Andreas Ibel überreicht Bundesbauministerin Dr. Barbara Hendricks ein Gutachten zu den Auswirkungen von Verschärfungen energetischer Standards bei Wohngebäuden.**

Foto: BID/Urban Ruths

**Iris Gleicke, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie sowie Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer**

# Jahresempfang der Deutschen Genossenschaften: Gesunde Volkswirtschaft ohne Genossenschaften undenkbar

Foto: Peter Himsel www.himsel.de

**GdW-Präsident Axel Gedaschko mit Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries und dem DGRV-Vorstandsvorsitzenden Dr. Eckhard Ott**

Anlässlich des Jahresempfangs der Deutschen Genossenschaften in Berlin am 14. Februar 2017 würdigte Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries die Bedeutung der Genossenschaften für die wirtschaftliche Entwicklung weltweit: „Genossenschaften haben nicht nur eine lange Tradition, sondern sie sind auch außerordentlich krisenfest und fortschrittlich. Eine gesunde, mittelständisch geprägte Volkswirtschaft wäre ohne Genossenschaften nicht denkbar."

Weltweit sind rund 800 Millionen Menschen in Genossenschaften organisiert. In Deutschland vereinen die fast 8.000 Genossenschaften mehr als 22 Millionen Mitglieder. Seit mehr als 160 Jahren sind Genossenschaften im Finanzwesen, in der Landwirtschaft, in Handel und Gewerbe oder im Wohnungsbau erfolgreich. Aber auch für aktuelle Herausforderungen wie eine bürgernahe Energiewende, ein menschenwürdiges Wohnen im Alter oder die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bieten Genossenschaften innovative Antworten.

„Die Genossenschaftsprinzipien sind damals wie heute ein wichtiger Bestandteil einer funktionierenden Wirtschaftsstruktur in der ganzen Welt – aber besonders auch hier bei uns in Deutschland", sagte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW.

Foto: Peter Himsel www.himsel.de

**„Genossenschaft ist nicht nur eine Rechtsform, sondern auch eine Geisteshaltung", so Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries.**

**Freude über die Anerkennung der Genossenschaftsidee als immaterielles Kulturerbe der Menschheit: Dr. Eckhard Ott (DGRV) und Axel Gedaschko (GdW)**

Foto: Peter Himsel www.himsel.de

# DW-Zukunftspreis der Immobilienwirtschaft verliehen: „Innovativer bauen – nachhaltig, effektiv und effizient“

Foto: Christian Klant

**Die Gewinner des DW-Zukunftspreises 2017 mit dem Schirmherr und dem Leiter der Jury: Axel Gedaschko (GdW; Schirmherr), Norbert Pracht und Tanja Thalheimer (BSG-Allgäu eG), Peter Ley (GWG Service GmbH), Klaus Freiberg (Vonovia SE) und Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. Franz-Josef Radermacher (Juryvorsitzender) (v. l.)**

Die Verleihung des 14. DW-Zukunftspreises der Immobilienwirtschaft unter dem Motto „Innovativer bauen – nachhaltig, effektiv und effizient“ fand am 1. Juni 2017 auf dem Aareon Kongress statt. Schirmherr Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, übergab die Auszeichnung von Aareon und der Fachzeitschrift DW Die Wohnungswirtschaft an die Vertreter der Wohnungsunternehmen für ihre vorbildlichen Projekte.

Überzeugt hat das Projekt der BSG-Allgäu, Bau- und Siedlungsgenossenschaft eG, Kempten. Sie wurde für ihr Projekt „Seniorenwohnanlage mit Tagespflege – Nachverdichtung in Kooperation mit der Kommune, einer Sozialeinrichtung sowie einer Hochschule“ ausgezeichnet. Ein weiterer Preisträger war die GWG Service GmbH, Kassel, sie wurde für indiControl® – Die patentierte Systemlösung zur Regelung von Einrohrheizsystemen“ prämiert.

Außerdem wurde die Vonovia SE, Bochum für ihr „Neubauprojekt Insterburger Straße – Wohnen geht in Serie“ ausgezeichnet. Im Rahmen dieses Pilotprojekts ist innerhalb von nur drei Monaten ein Gebäude mit 14 Wohneinheiten entstanden. Das Konzept: Vorgefertigte Raummodule werden zu Freiflächen im Bestand transportiert und dort zusammengesetzt.

# Wohnungswirtschaft zieht stabile Jahresbilanz und fordert Willkommenskultur für Bagger und Neubau

Foto: Torsten George

**Bei der Jahrespressekonferenz in Berlin: GdW-Präsident Axel Gedaschko (Mitte) mit Statistiker Klaus Schrader und Pressesprecherin Katharina Burkardt**

„Es muss wieder möglich sein, bezahlbare Mietwohnungen auch ohne Förderung für die Mitte der Bevölkerung zu bauen. Dazu muss Bauen Chefsache werden", forderte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, zum Auftakt der Jahrespressekonferenz am 4. Juli 2017 in Berlin. Der GdW ist mit seinen 15 Regionalverbänden und 3.000 Mitgliedsunternehmen der stärkste Verband der professionellen Wohnungswirtschaft in Deutschland.

„Wohnen ist aufgrund der großen Herausforderungen in den sehr begehrten Städten aber auch in den Schrumpfungsregionen eines der heißen Themen im Wahlkampf. Die Bedeutung des Wohnens muss sich aber auch nach der Wahl wiederfinden", so der GdW-Chef. „Deutschland braucht ein eigenständiges Bundesbauministerium mit politischem Gewicht. Dabei sollte dieses Ministerium die Bereiche Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Raumordnung, digitale Infrastruktur und Energieeffizienz umfassen." Nur so könne es gelingen, die Aufgaben rund um das Bauen und Wohnen zielführend zu koordinieren.

„Egal wie man es dreht und wendet, die Lösung für die Probleme am Wohnungsmarkt in den Ballungsräumen liegt im Wohnungsbau. Wir müssen über Stadtgrenzen hinweg zusammen planen, denn allein in den großen Städten können die Herausforderungen nicht zeitgerecht für die Wohnungssuchenden gelöst werden. Und dann: Bauen, bauen, bauen. Wir brauchen eine echte Willkommenskultur für Bagger und Neubau", erklärte der Präsident des Spitzenverbandes.

# Klimaschutz in Europa – Wohnungswirtschaft regt Paradigmenwechsel in der Energiepolitik an

„Die laufende Novelle der Gebäuderichtlinie bietet Chancen, den Beitrag des Gebäudesektors zum Klimaschutz zu stärken. Dabei darf es aber nicht mehr nur um die Anforderungen an die Gebäudehülle gehen – auch die Versorgung der Gebäude mit Erneuerbaren Energien ist ein wichtiges Element", erklärte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, anlässlich eines parlamentarischen Frühstücks Ende September 2017 in Brüssel.

Unter der Schirmherrschaft des Fraktionsvorsitzenden der SPD im Europäischen Parlament, Herrn Jens Geier sowie dem Generalsekretär und energiepolitischen Sprecher der CDU im Europäischen Parlament, Herrn Dr. Markus Pieper, fand, auf Initiative des GdW, gemeinsam mit dem niederländischen Partnerverband AEDES und dem europäischen Wohnungswirtschaftsverband Housing Europe eine sehr gut besuchte Diskussionsveranstaltung mit Europaabgeordneten und Vertretern der europäischen Wohnungswirtschaft statt.

„Die gegenwärtige Strategie zum Klimaschutz stößt an ihre Grenzen", erklärte GdW-Geschäftsführer Dr. Christian Lieberknecht in Brüssel. Bisher sollen die Klimaziele im Gebäudesektor vor allem durch Maßnahmen an der Gebäudehülle erreicht werden. Einige EU-Mitgliedstaaten haben in den letzten Jahren schon viel erreicht. Genau hier liegt aber das Problem: Eine kontinuierliche Verschärfung der Standards verursacht hohe finanzielle Aufwendungen, trägt allerdings nur noch in geringem Maße zusätzlich zu Energieeinsparung bei. Umgekehrt steigen trotz geringerer Energiekosten die Wohnkosten für die Mieter.

**Jens Geier (MdEP) und Dr. Markus Pieper (MdEP) (Mitte) diskutierten mit dem GdW-Team um Geschäftsführer Dr. Christian Lieberknecht (rechts) neue Energiestrategien.**

Foto: GdW

# Internationale Zusammenarbeit – Deutsche Wohnungswirtschaft unterstützt Kasachstan beim Aufbau einer professionellen Wohnungsverwaltung

Am Rande eines Arbeitstreffens mit Vertretern aus der Politik und Wohnungswirtschaft in Kasachstan – darunter dem Oberbürgermeister (Akim) von Astana, Asset Issekeshev, und dem Vorsitzenden des Komitees für Bauwesen und Wohnungswirtschaft, Zhaiymbetov Marhabat – haben Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft Deutschland (GdW) und Knut Höller, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Initiative Wohnungswirtschaft Osteuropa (IWO), sowie Nursultan Jiyenbayev, CEO von KasZentr, am 3. November 2017 in Astana eine gemeinsame Absichtserklärung unterzeichnet.

Das Kazakhstan Center for Modernisation and Development of Housing and Communal Services JSC (KasZentr) ist insbesondere an der Expertise und vielfältigen Erfahrung Deutschlands und der Europäischen Union (EU) im Bereich der kommunalen und privatwirtschaftlich organisierten Verwaltung von Wohngebäuden und der energieeffizienten Gebäudesanierung interessiert.

In der Zusammenarbeit von KazZentr, GdW und IWO ist die Beratung Kasachstans in verschiedenen Bereichen vorgesehen, unter anderem bei der Ausarbeitung einer übergeordneten Strategie für die Entwicklung des Wohnungsverwaltungsmarkts sowie des betreffenden kommunalen Dienstleistungssektors. Des Weiteren wird eine Zusammenarbeit und Beratung in Hinblick auf die rechtliche Reformierung und Transparenzsteigerung in der

Foto: Karibzhanova Altynai

**Künftig wollen die Initiative Wohnungswirtschaft Osteuropa und der GdW das KasZentr durch fachliche Beratung und Erfahrungsaustausch unterstützen.**

Foto: Karibzhanova Altynai

**Vertreter der kasachischen Wohnungswirtschaft Mursakina Madina, Abteilungsleiterin des KasZentr, Nursultan Jiyenbayev, CEO KasZentr und Umerbayev Adilkhan, erster stellvertretende CEO KasZentr (v. l.) beim Arbeitstreffen in Astana**

Foto: Karibzhanova Altynai

**Nursultan Jiyenbayev, Axel Gedaschko und Knut Höller (v. l.) bei der Unterzeichnung der gemeinsamen Absichtserklärung**

# Alle Jahre wieder: Die Sommertour des GdW-Präsidenten

Von Sachsen über Hessen und Bayern nach Berlin, Brandenburg und Niedersachsen: die jährliche Sommertour des Präsidenten des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW führte Axel Gedaschko in gewohnter Weise kreuz und quer durch die Bundesrepublik. Vor Ort machte er sich gemeinsam mit Vertretern der jeweiligen Regionalverbände sowie Praktikern aus der Wohnungswirtschaft ein Bild von energieeffizienten und kostensparenden Neubauten, alternativen Wohnformen und der mittelfristigen Entwicklung der Metropolen sowie der ländlichen Räume.

**Die digitale Haustafel ist ein moderner Hingucker in den Neubauten der Johannstadt eG in der Dresdner Innenstadt.**

Foto: vdw Sachsen

## 1. Station: Sachsen

In Zwickau ging es beim Besuch des GdW-Präsidenten besonders um die Umsetzung der vielfältigen Möglichkeiten des modernen Wohnens im Alter. Zu den Stationen gehörten das neue Kompetenzzentrum „ubineum“ für „Wohnen und Leben heute und in Zukunft“ und das Neubauprojekt „Wohnen am Schlobigpark & Stadion Zwickau“. In Freital bestimmten die Themen Stadtentwicklung und Neubau den Tag. Naturnahes und gleichzeitig hochwertiges Wohnen nahe der Großstadt Dresden ist möglich, wie unter anderem die Wohnungsgesellschaft Freital und die Freitaler Wohnungsgenossenschaft zeigten. Im Ort besuchte Axel Gedaschko mit Oberbürgermeister Uwe Rumberg (CDU) auch das Technologie- und Gründerzentrum. Ortsübergreifende Gespräche gab es zum Wohnungsleerstand in Sachsen mit Branchenvertretern. Außerdem fand eine Besichtigung der Dresdner Innenstadt statt, wo die Wohnungsgenossenschaft Johannstadt attraktiven Wohnraum zu moderaten Mieten geschaffen hat.

**Pressetermin mal anders! Rainer Seifert, Verbandsdirektor des vdw Sachsen, GdW-Präsident Axel Gedaschko und Vorstand der Sächsischen Wohnungsgenossenschaften Dr. Axel Viehweger beim FSV Zwickau (v. l.).**

Foto: vdw Sachsen

## 2. Station: Hessen und Rheinland-Pfalz

Die Region Rhein-Main-Neckar mit den Städten Frankfurt am Main, Main, Darmstadt und Ludwigshafen markierte die zweite Station der Deutschlandreise. In Begleitung von Dr. Axel Tausendpfund, Verbandsdirektor des Verbandes der südwestdeutschen Wohnungswirtschaft (VdW südwest) wurde besonders auf den Mangel an geeignetem Bauland hingewiesen, denn die Grundstücke seien das zentrale Nadelöhr beim Wohnungsbau. Außerdem müsse die Lebensqualität der Menschen in den ländlichen Räumen der Region durch intelligente Lösungen gesichert werden. Dazu zählen neben besserer Verkehrsinfrastruktur auch Handels- und Kommunikationsorte.

Foto: UG NHWS / Thomas Rohnke

**Zu Gast im Cubity: Studentin Leonie Eichelbronner (rechts) schildert den Besuchern ihre Erfahrungen im Wohnwürfel.**

## 3. Station: Bayern

In der dritten Woche seiner Sommerreise durch Deutschland machte GdW-Präsident Axel Gedaschko Halt im bayerischen Kempten. Hier stand unter anderem ein wohnungspolitisches Fachgespräch mit Vertretern der Landes- und Kommunalpolitik auf dem Programm. Daran beteiligt waren auch Vertreter der lokalen Wohnungswirtschaft von der BSG-Allgäu Bau- und Siedlungsgenossenschaft eG und der Sozialbau Kempten, Wohnungs- und Städtebau GmbH. Als wirtschaftlich dynamische Stadt plagt auch diese, wie viele andere Regionen in Deutschland, zunehmend knapper Wohnraum.

**Voller Elan und für alle Wetter gewappnet starten Axel Gedaschko und Herbert Schiek, Aufsichtsratsvorsitzender der BSG-Allgäu, die Besichtigungen (v. l.).**

**Gute Nachbarschaft inklusive: Das verspricht die Sozialbau Kempten**

Foto: die Sozialbau

## 4. Station: Berlin und Brandenburg

Im Verbandsgebiet des BBU, Verband der Berlin-Brandenburgischen Wohnungsunternehmen, macht Axel Gedaschko Halt in Calau, Cottbus und Berlin. Gemeinsam mit BBU-Vorstand Maren Kern informierte er sich bei insgesamt sieben Unternehmen über die Herausforderungen der Stadtentwicklung, besonders was den Um- und Neubau anbelangt. Am Beispiel Cottbus wurde deutlich, wie speziell die Anforderungen im Osten sind. Denn während in den Randlagen der Stadt weiter hohe Leerstandsquoten vorherrschen, muss in der Innenstadt bereits für neuen Wohnraum gesorgt werden.

In der weiter wachsenden Bundeshauptstadt Berlin liegt der Fokus auf der Quartiersentwicklung, die mit der Nachverdichtung einhergeht. Im „Lindenhof" ließ sich Axel Gedaschko zeigen, wie sehr sich beispielsweise Genossenschaften einbringen. Die Gartenstadtsiedlung bewahrt ihre historischen Wurzeln, verschließt sich aber nicht den Wohnbedürfnissen der heutigen Zeit.

**Axel Gedaschko in Begleitung von Snezana Michaelis, Mitglied des Gewobag-Vorstandes, Volker Hartig, Gruppenleiter Marketing bei der Gewobag, und BBU-Vorstand Maren Kern (v. l.).**

## 5. Station: Niedersachsen

Zum Ende der Sommertour stand das Bundesland Niedersachen und der dortige Regionalverband vdw Niedersachsen Bremen auf dem Programm. Vor Ort besuchte der GdW-Präsident in der letzten Augustwoche die Städte Hannover und Celle. Es gab Gespräche mit der örtlichen Bundestagsabgeordneten Kirsten Lühmann sowie dem Regionspräsident Jagau, dem Celler Oberbürgermeister Dr. Nigge und dem Stadtbaurat. Bei einer Rundfahrt zu den Baustellen konnten sich die Teilnehmer der Delegation ein Bild von den Bauaktivitäten der Unternehmen machen.

Foto: vdw Niedersachsen Bremen

**Bei strahlendem Sonnenschein und blauen Himmel ließ sich die Sommertour-Delegation die Neubauprojekte der Städtischen Wohnungsbaugesellschaft Celle zeigen.**

Foto: vdw Niedersachsen Bremen

**Zu Gast bei der Heimkehr Hannover und dem Projekt „Grimmstraße"**

# WohnZukunftsTag 2017: Von der digitalen Transformation und der Kraft der Vernetzung

Die mittlerweile fünfte Ausgabe des WohnZukunftsTages, der Innovationsplattform der Wohnungswirtschaft, fand am 28. Juni 2017 wie gewohnt im Berliner Radialsystem V statt. Bereits am Tag zuvor wurde auf der Internationalen Gartenausstellung (IGA) im Rahmen der Fachtagung „Grüne Nachbarschaften – Wohnumfeldgestaltung im Quartier“ diskutiert.

## Digitale Transformation in der Wohnungswirtschaft

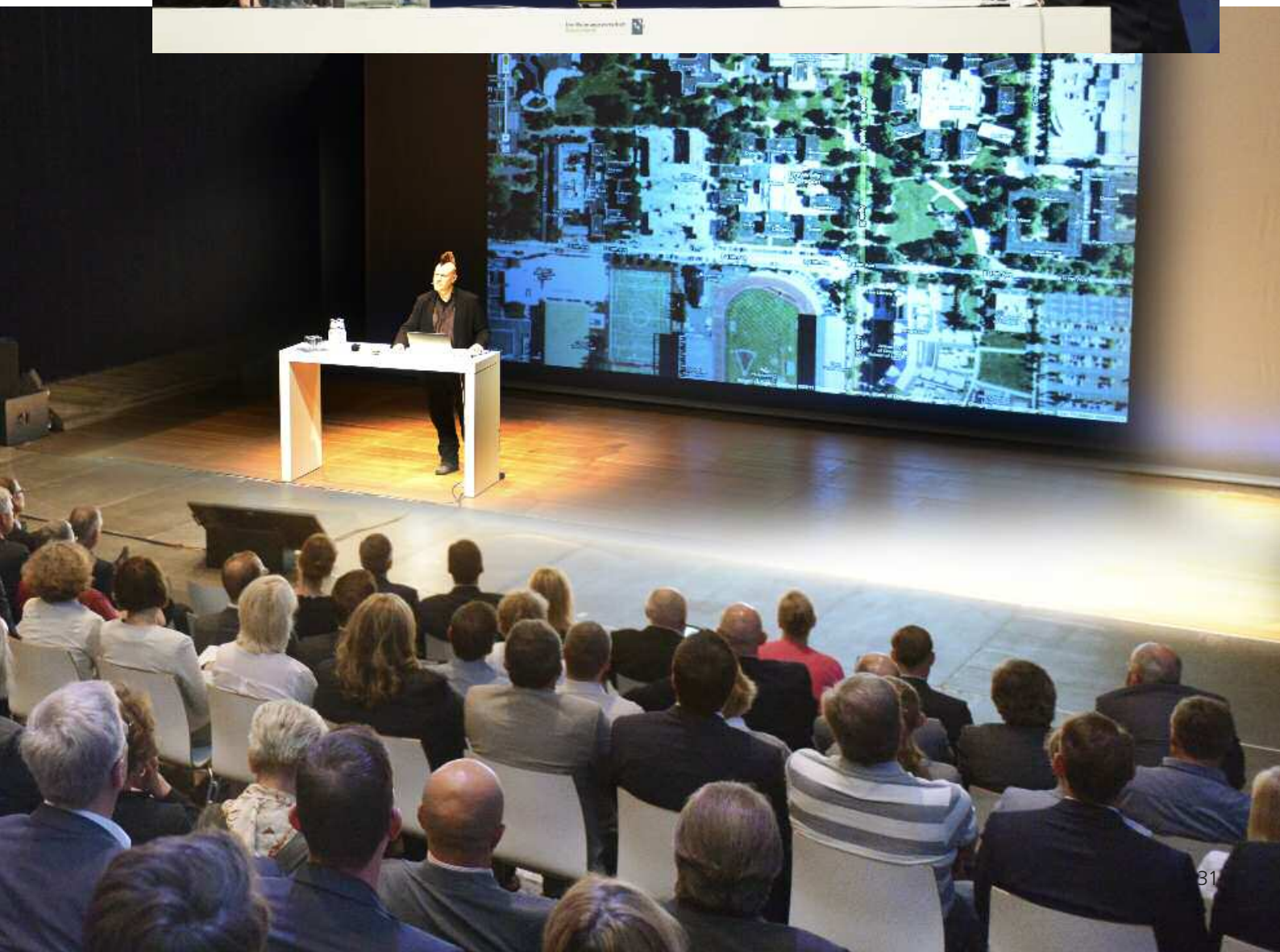
Nach der Begrüßung der Kongress-Teilnehmer durch GdW-Präsident Axel Gedaschko, sprach der Blogger, Buchautor, Journalist und Werbetexter Sascha Lobo zum Thema „Was Big Data mit uns macht“. Wie bereits auf dem Tag der Wohnungswirtschaft im Jahr 2016 beeindruckte der Redner mit der auffälligen Frisur die Zuhörer mit seinem Wissen, seiner Einschätzung und Abstraktion der fortschreitenden Digitalisierung in sämtlichen Bereichen unseres Lebens, wie auch in der Wohnungswirtschaft. Die Datenströme, die wir als Nutzer generieren, stehen im Mittelpunkt des Fortschritts. „Diese Daten, die eben noch egal schienen, haben das Potential, ganze Wirtschaftszweige aufzurütteln und zu neuen Innovationen zu führen“, so Lobo. Jedoch seien es nicht primär die Technologien, die die Welt veränderten, sondern die Art und Weise, wie die Menschen sie nutzten. An dieser Stelle müsse dann von all denen angesetzt werden, die ihre Technologien in den Alltag von Menschen integrieren wollen. Dazu gehört auch die Immobilienwirtschaft, die vor allem Themen wie Smart-Home-Anwendungen und die digitalisierte Umsetzung der Energiewende umtreibt.

**Mehr als gut besucht war die Eröffnungsveranstaltung mit Keynote-Speaker Sascha Lobo in der großen Halle des Radialsystem V.**

Foto: GdW, Tina Merkau

**Den Wandel nicht kleinhoffen, sondern mitgestalten: GdW-Präsident Axel Gedaschko und Sascha Lobo eröffneten den WohnZukunftsTag 2017 (v. l.).**

Foto: GdW, Tina Merkau



### Kleine Workshops – große Diskussion

Nach altbewährtem Prinzip wurden die Teilnehmer nach der Eröffnung und der Keynote-Rede in ihre Workshops entlassen. Jeweils zwei bis drei Referenten gaben einen kurzen Input zum Einstieg in die darauf folgende Diskussion.

### Bits and Bytes – Messen und Matchen 4.0

Die digitale Zukunft der Erfassung, Weiterleitung und Verarbeitung von Verbrauchsdaten sowie Lösungen an der Schnittstelle zwischen Wohnungs- und Energiewirtschaft standen im Mittelpunkt des Workshops „Zukunft Messen". Wie alle Potentiale der voranschreitenden Vernetzung ausgeschöpft werden können, diskutierten neben Vertretern der Wohnungswirtschaft auch Referenten aus der Messdienstleisterbranche und von Energiekostenabrechnern. Dabei fiel das Stichwort Interoperabilität immer wieder.

### Prima Klima – Smart, sauber, erneuerbar

Wird ein Traum endlich wahr? Im Panel Smart Living war das die Leitfrage zum Thema Gerätevernetzung. In den Haushalten hat diese das Potenzial, das Leben vieler Menschen zu vereinfachen. Um das zu veranschaulichen, erfuhren die Teilnehmer einiges über das „360° Smart Home Nürnberg". Mit der zunehmenden Digitalisierung brauchen auch Wohnungen zukünftig Updates, wodurch sich neue Anforderungen an das technische Management ergeben. Den politischen Rahmen dafür setzt aktuell die Unterabteilung „Nationale und europäische Digitale Agenda" im Bundeswirtschaftsministerium, aus der Dr. Andreas Goerdeler berichtete. Wie „Klimaschutz mit wenig Kohle" gelingen kann, dazu präsentierten Vertreter der „Allianz für einen klimaneutralen Wohngebäudebestand erste Ergebnisse aus der aktuell laufenden umfangreichen Evaluation von Kosten und Nutzen technischer Effizienzmaßnahmen und Effekte smarter Systeme in Bestandsgebäuden. Dass die „Zukunft erneuerbar" ist, zeigten erfolgreiche Beispiele von Photovoltaik-Mieterstrom-Projekten und das Berliner Zukunftshaus der degewo.

### Stadt-Land-Mieter

Ist eine stärkere Bürgerbeteiligung Risiko oder Chance? Wie kommuniziere ich Neubauvorhaben und in welchem Rahmen lässt sich Partizipation gestalten? Brauche ich wirklich alles, was ich besitze, oder kann ich andere auch daran teilhaben lassen? Im Panel „Stadt-Land-Mieter" wurden neben nachhaltigen Konsummodellen in der Wohnungswirtschaft auch erste Zwischenergebnisse der Analyse des Wettbewerbs um Deutschlands beste Mieterzeitung und konkrete Praxistipps vorgestellt.

Foto: GdW, Tina Merkau

**Prima Klima – Der Workshop des zweiten Panels wurde unter anderem von GdW-Referentin Dr. Ingrid Vogler moderiert (rechts).**

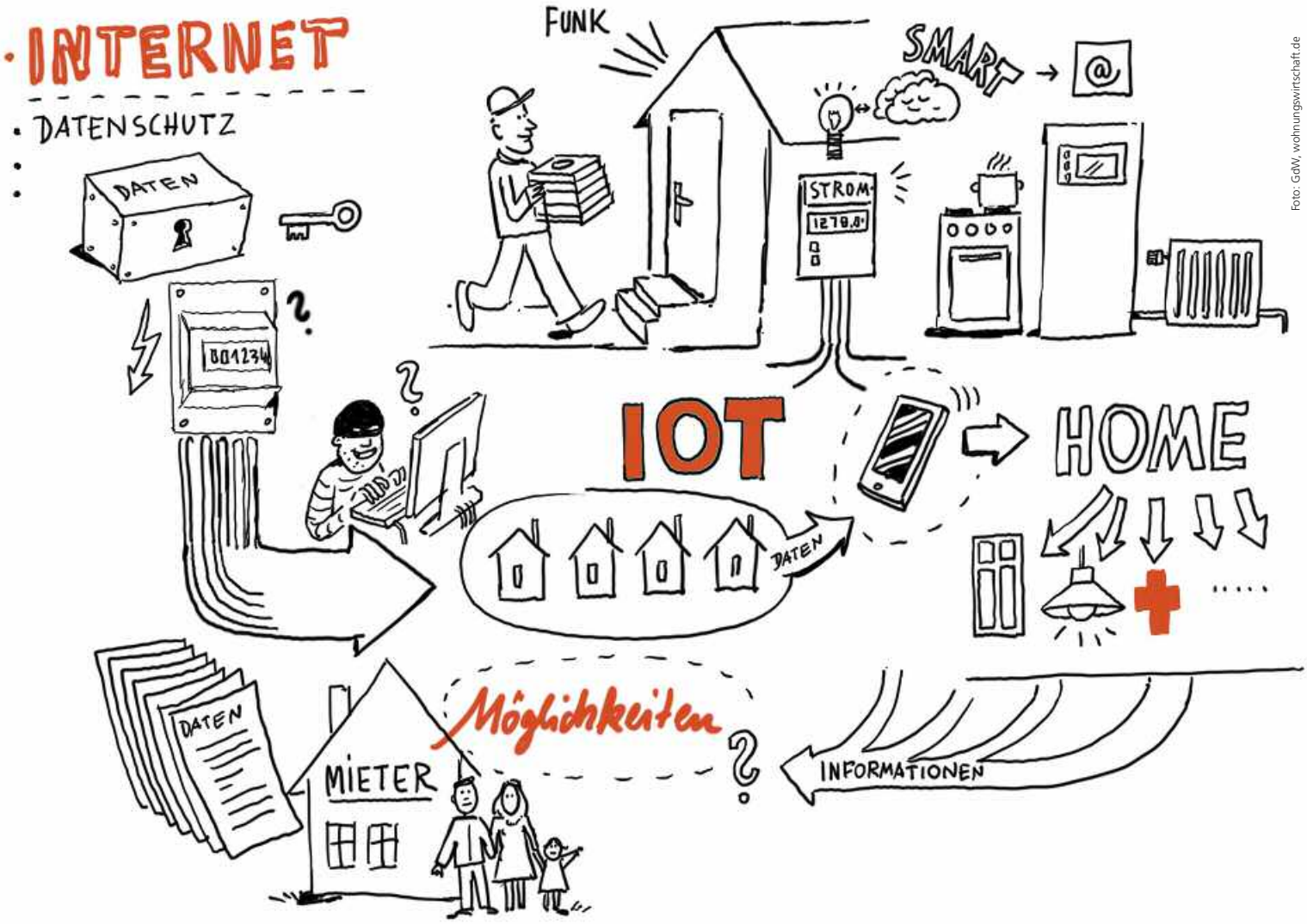



Foto: GdW, wohnungswirtschaft.de

**Baukultur nicht nur in Metropolen**

Die notwendige Stärkung der Baukultur in Abwanderungsregionen beleuchtete Reiner Nagel, Vorsitzender der Bundesstiftung Baukultur, anlässlich der Veröffentlichung eines neuen gemeinsamen Positionspapiers mit dem GdW. „In vielen Klein- und Mittelstädten liegen große Chancen für attraktives und bezahlbares Wohnen, die noch zu wenig gesehen werden. Um dieses Potenzial aufzuschließen, sind baukulturelle Qualitäten ein wichtiger Schlüssel", so Nagel. Es gelte, Orte mit Strahlkraft als Standortalternative zu stärken und Standorte mit Entwicklungspotenzial zu identifizieren. So entstehen Ankerstädte, deren wichtigstes Merkmal ihr attraktives Orts- und Stadtbild ist. Sie sind zentraler Wohn-, Handels- und Kommunikationsstandort in den Mittelstädten und damit grundlegendes Element für das Entstehen nachhaltig lebendiger Wohn und Lebensstandorte.

Foto: GdW, Tina Merkau

**Mittels „graphic recording" wurden die Vorträge und Diskussionsbeiträge in den Workshops von Cromatics festgehalten.**

# Serieller Wohnungsbau

**Bundesbauministerium und Wohnungswirtschaft fördern innovative Konzepte des seriellen Bauens**

Mit einer Ausschreibung für „Serielles Bauen" beschreiten das Bundesbauministerium (BMUB) und der Spitzenverband der Wohnungswirtschaft GdW 2017 gemeinsam mit der Bundesarchitektenkammer und der Bauindustrie – beides Partner aus dem Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen – neue Wege, um den Bau preisgünstiger Wohnungen in hoher Qualität zu beschleunigen.

Dazu wurde am 26. Juni 2017 ein europaweites Ausschreibungsverfahren gestartet, mit dem Ziel eine Rahmenvereinbarung über den Neubau von mehrgeschossigen Wohngebäuden in serieller und modularer Bauweise mit mehreren Bietergemeinschaften aus Planung und Ausführung abzuschließen. Eine solche Vereinbarung bietet insbesondere öffentlichen Wohnungsunternehmen die Möglichkeit, ohne weitere Verfahren Angebote aus der Rahmenvereinbarung lokal angepasst direkt zu realisieren. So können die Vorlaufzeiten für Bauvorhaben wesentlich verkürzt werden. Mit diesem Schritt setzten die Partner ein wesentliches Ergebnis der Baukostensenkungskommission um. Gesucht wurden neue, innovative Konzepte des Wohnungsbaus, die in wenigen Monaten bereits in Deutschlands Städten für zeitgemäßen Wohnraum und eine Marktentlastung sorgen können.

**Erfolgreicher Auftakt des Wettbewerbs von Bundesbauministerium und Wohnungswirtschaft**

Aus der unerwartet hohen Bewerberanzahl des europaweit ausgeschriebenen Wettbewerbs zum seriellen Bauen hat der Spitzenverband der Wohnungswirtschaft GdW als Vergabestelle die gemäß Ausschreibung bestplatzierten Teilnahmeanträge ausgewählt. Bis Ende Oktober 2017 konnten die ausgewählten Teilnehmer ihre konkreten Angebote für seriellen und modularen Wohnungsbau einreichen.

In einem weiteren Schritt erfolgte ab Anfang Dezember die Prüfung und Bewertung der Angebote nach speziell ausgearbeiteten Kriterien durch ein eigens einberufenes Bewertungsgremium, das sich aus Experten der Bau- und Wohnungswirtschaft, Forschung und des Bundesbauminis-

Foto: BMUB / Inga Kjer

**Bei der Pressekonferenz zum Start des Ausschreibungsverfahrens: Marcus Becker (HDB), Barbara Ettinger-Brinckmann (BAK) Bundesbauministerin Barbara Hendricks und Axel Gedaschko (GdW) (v. l.)**

teriums zusammensetzt. Ziel des Wettbewerbs ist es, im Frühjahr 2018 eine Rahmenvereinbarung über den Neubau von mehrgeschossigen Wohngebäuden in serieller und modularer Bauweise mit insgesamt 5 bis 10 Bietergemeinschaften aus Planung und Ausführung abzuschließen.

**Technologieoffene Verfahren ermöglichen Vielfalt**

„Mit den von der Bauindustrie kürzlich prognostizierten 320.000 neuen Wohnungen bis Ende 2017 sind wir jetzt ganz nah dran an den jährlich benötigten 350.000 neuen Wohnungen. Das zeigt, dass wir in den letzten drei Jahren mit dem Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen die Trendwende am Wohnungsmarkt geschafft haben. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir mit serieller und modularer Bauweise einen weiteren Beitrag leisten können, um die Baukosten zu verringern und mehr bezahlbare Wohnungen zu schaffen. Deshalb freue ich mich, dass wir mit dem europaweiten Wettbewerb eine so große Resonanz bei Architekten, Fachplanern und der Wohnungs- und Bauwirtschaft erreicht haben und die ausgewählten Teilnehmer jetzt zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert werden können. Da das Verfahren technologieoffen angelegt ist, erhoffen wir uns, dass in den Angeboten die große Vielfalt des seriellen und modularen Bauens zum Ausdruck kommt und architektonisch und städtebaulich hochwertige Lösungen präsentiert werden“, so Bundesbauministerin Barbara Hendricks.

**Schwedisches Beispiel für modulares Bauen: Das Modell „Kombohus“ des dortigen Verbandes der kommunalen Wohnungsunternehmen SABO. Mehr Informationen finden Sie unter www.sabo.se**

# Perspektiven für die Energieversorgung – Der GdW begleitet das Mieterstromprojekt

**Oktober 2016:** Vorschlag für die Ausgestaltung einer Mieterstromverordnung

**April 2017:** Bundeskabinett beschließt Gesetzesentwurf zur Förderung von Mieterstrom

**Juli 2017:** Gesetz zur Förderung von Mieterstrom tritt in Kraft

**Oktober 2017:** GdW stellt Ergebnisse einer Potenzialanalyse für solaren Mieterstrom vor

**November 2017:** Europäische Kommission genehmigt die öffentliche Förderung von Vermietern für die Installation von Solarpanelen auf Gebäudedächern

## Mieterstrom erklärt

Als „Mieterstrom“ wird Strom bezeichnet, der von einem Blockheizkraftwerk (BHKW) im Keller beziehungsweise einer Photovoltaikanlage (PV-Anlage) auf dem Dach eines Wohngebäudes erzeugt und direkt an die Mieter dieses Gebäudes geliefert wird. Über den Bedarf erzeugter Strom wird ins Netz eingespeist und vergütet, zusätzlich benötigter Strom zum „normalen“ Preis aus dem Netz bezogen. Da jedoch für den Betreiber der Mieterstrom-Anlage neben der reinen Investition zusätzliche Kosten für Zählerumbau, Abrechnung sowie Messung entstehen und der Mieter auch für den in der sogenannten Kundenanlage gelieferten Ökostrom die volle EEG-Umlage zahlen muss, rechneten sich solche Modelle für PV-Anlagen bislang nicht.

Das Mieterstromgesetz, ändert das: Es fördert die Erzeugung von Mieterstrom aus PV-Anlagen mit einem Betrag, der je nach Größe der Anlage und dem Photovoltaik-Zubau zwischen 2,2 und 3,8 Cent je Kilowattstunde (kWh) liegt. Weiterhin legt es eine Deckelung des Mieterstrompreises bei höchstens 90 Prozent des örtlichen Grundversorgertarifs fest. Dem Mieter steht die Wahl des Stromanbieters aber frei.

Bereits im Oktober 2016 hatte der GdW einen Vorschlag für die Ausgestaltung einer Mieterstromverordnung auf Grundlage der bestehenden Ermächtigung im aktuellen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) vorgelegt. Die im EEG derzeit vorgesehene Regelung zur Förderung von Mieterstrommodellen zielt auf eine Gleichstellung mit Eigenerzeugung ab.

„Mieterstromprojekte sind ein wichtiger Baustein für eine erfolgreiche Energiewende im Wohngebäudebereich“, erklärte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, am 15. Februar 2017 anlässlich eines Gesprächs mit Parlamentariern im Deutschen Bundestag. Eine Studie des Bundeswirtschaftsministeriums unterstreicht diese Ansicht. Sie kommt unter anderem zu dem Ergebnis, dass bis zu 3,8 Millionen Wohnungen mit Mieterstrom versorgt werden können. „Klar ist aber auch: Um dies zu erreichen müssen Hemmnisse beseitigt und die zielgenaue Förderung ausgebaut werden“, so der GdW-Chef.

Das Bundeskabinett hat am 26. April 2017 den vom Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) vorgelegten Gesetzentwurf zur Förderung von Mieterstrom beschlossen. Der GdW begrüßten anlässlich der Beratung des Referentenentwurfs zum Mieterstrom im Bundeskabinett, dass Mieter endlich aktiv an der Energiewende beteiligt werden sollen. Um die Energiewende im Gebäudebereich zu einem Erfolg zu machen, reiche das geplante Gesetz aber noch nicht aus. Es müssten zügig weitere große Hürden für die Umsetzung von Mieterstromprojekten abgebaut werden.

**Beim Ausbau von Mieterstromprojekten ziehen Energie- und Wohnungswirtschaft zusammen mit dem Mieterbund an einem Strang.**

Ein weiteres entscheidendes Hemmnis für Mieterstromprojekte muss ebenfalls aus dem Weg geräumt werden: Wohnungsunternehmen, die Strom aus erneuerbaren Energien wie Photovoltaik oder aus Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) lokal erzeugen wollen, werden gravierend steuerlich benachteiligt. Sobald sie den erzeugten Strom ins allgemeine Netz einspeisen oder den Mietern zur Verfügung stellen, wird die eigentlich gewerbesteuerbefreite Vermietungstätigkeit gewerbesteuerpflichtig. „Es ist ungerecht, gerade diejenigen Unternehmen durch eine steuerliche Belastung ihres Vermietungsgeschäfts zu bestrafen, die sich für die Energiewende vor Ort engagieren wollen", sagte Axel Gedaschko.

Im Sommer hat der Bundestag dann die staatliche Förderung der Erzeugung und Nutzung von „Mieterstroms" beschlossen. Am 25. Juli 2017 ist das neue Gesetz in Kraft getreten, nach dem selbst erzeugter Photovoltaik-Mieterstrom mit einer finanziellen Förderung von 2,2 bis 3,8 Cent pro Kilowattstunde gefördert wird.

„Mit dem Mieterstromgesetz sind wir einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zu einer erfolgreichen Energiewende im Wohngebäudebereich weitergekommen. Endlich können Mieter nun auch die Vorteile der Energiewende nutzen, statt nur ihre Kosten mittragen zu müssen", erklärte Axel Gedaschko. „Auf diesen Meilenstein müssen aber weitere Schritte folgen. Das gesamte Wohnquartier muss zur Realisierung echter Quartierskonzepte noch stärker in den Fokus rücken und die steuerliche Benachteiligung der Wohnungsunternehmen bei Erzeugung von Mieterstrom muss beendet werden."

Am 11. Oktober 2017 stellten der GdW zusammen mit dem Deutsche Mieterbund (DMB), dem Bundesverband Solarwirtschaft BSW-Solar und dem Bundesverband der Energie- und Klimaschutzagenturen Deutschlands eaD die Kernergebnisse einer Potenzialanalyse für solaren Mieterstrom vor. Berechnungen für die 20 größten Städte in Deutschland weisen auf ein Potenzial von bis zu 33.000 Photovoltaikanlagen auf großen Wohngebäuden. Rund 1,4 Millionen Mieterinnen und Mietern könnten damit preiswerten Solarstrom beziehen.

Die vier Verbände ziehen für die schnelle Verbreitung solarer Mieterstromangebote zusammen an einem Strang. Gemeinsam verfolgen sie die Ziele, möglichst viele Mieter an den Kostenvorteilen der Photovoltaik teilhaben zu lassen, die Wohnungs- und Energiewirtschaft über die Chancen von solaren Mieterstromangeboten zu informieren, den Photovoltaik-Ausbau zu dynamisieren und mit der urbanen Energiewende den Ausstoß von Treibhausgasen zu

Ende des Jahres, am 20. November 2017 hat die Europäische Kommission die öffentliche Förderung von Vermietern für die Installation von Solarpanelen auf Gebäudedächern genehmigt. Die produzierte Elektrizität der Solarzellen mit einer Kapazität von weniger als 100 Kilowatt soll den Mietern zur Verfügung gestellt werden.

# Die Wohnungswirtschaft auf der Expo Real
4. bis 6. Oktober 2017

Bei der größten Fachmesse für Immobilien und Investitionen in Europa, der Expo Real, war der GdW im Rahmen des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen erneut gemeinsam mit dem Bundesbauministerium am Stand der Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland (BID) vertreten. Präsident Axel Gedaschko und weitere GdW-Vertreter trafen dort hochrangige Politiker sowie Wirtschaftspartner – und nutzten die Gelegenheit, um die Belange der Wohnungswirtschaft in Politik und Öffentlichkeit noch stärker in den Vordergrund zu rücken.

Zahlreiche Branchenexperten, Wissenschaftler und politische Vertreter diskutierten am BID-Stand ihre Positionen zur Energiewende, zum Finanzmarkt und insbesondere zum Wohnungsbedarf im Zuge der verstärkten Zuwanderung nach Deutschland.

Foto: Büro Roman Lorenz

**Wolfgang D. Heckeler (DDIV), Axel Gedaschko (GdW) mit Gunther Adler, Staatssekretär im Bundesbauministerium (v. l.)**

Foto: Büro Roman Lorenz

**Auch 2017 erwartete die Besucher am Stand der BID ein vielseitiges und interessantes Programm zu aktuellen Themen der Immobilienwirtschaft.**

Foto: Büro Roman Lorenz

**Wirtschaft macht Wohnen – „Arbeitgeber als Akteure am Wohnungsmarkt" zu diesem Thema befragte Arndt von Bodelschwingh (RegioKontext) Ulrich Sörgel (VW Immobilien), Axel Gedaschko (GdW), Peter Kadereit (Corporate Real Estate Stadtwerke München), Gunther Adler (SPD), Bernd Preuss (Immobilienmanagement und Wohnungswirtschaft Stadtwerke Köln) und Dr. Petra Johnen (DB Immobilien) (v. l.)**

Foto: Büro Roman Lorenz

**Gunther Adler, Staatssekretär im Bundesbauministerium, im Interview am Stand der BID**

Foto: Büro Roman Lorenz

**Finanzierungstrends in der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft – Ingeborg Esser (GdW), Thomas Jebsen (DKB), Peter Stöhr (Dr. Klein), Frank M. Mühlbauer (WL BANK) und Moderatorin Sabine Georgi (ZIA) (v. l.)**

# Tag der Wohnungswirtschaft 2017 – „Was wäre Deutschland ohne uns“

Bezahlbares Wohnen und Bauen im unruhigen Fahrwasser der Jamaika-Sondierungen. So lässt sich der politische Rahmen beschreiben, in dem der Tag der Wohnungswirtschaft des Spitzenverbandes GdW 2017 stattfand. Zahlreiche Gäste aus Politik und Wirtschaft sind der Einladung zum großen Branchentreffen am 15. November ins Estrel Hotel nach Berlin-Neukölln gefolgt. Unter dem Motto „Was wäre Deutschland ohne uns“ stand insbesondere die wachsende Kluft zwischen ländlichen Räumen und Ballungsregionen im Fokus.

**GdW-Präsident Axel Gedaschko (links) und Franz-Bernd Große-Wilde (rechts), Vorsitzender des Verbandsrates des GdW, diskutierten mit dem FDP-Bundestagsabgeordneten Frank Sitta die künftige politische Weichenstellung.**

Foto: Tina Merkau

Zum Auftakt der Veranstaltung sprachen **Axel Gedaschko,** Präsident des GdW, und der FDP-Bundestagsabgeordnete **Frank Sitta** über den politischen Schwebezustand und die aktuellen Fortschritte in den Sondierungsgesprächen. Als Beisitzer hat Sitta die Gespräche begleitet. „Die FDP will einige Dinge politisch neu denken und Verantwortung übernehmen, allerdings nicht um jeden Preis“, so Sitta. Zum Thema Wohnen und Bauen herrsche im Grundsatz Einigkeit, allen Parteien sei klar, dass mehr Wohnungen benötigt werden. Die Ansätze unterscheiden sich allerdings. Ein weiterer wichtiger Punkt für Sitta und die FDP sei die Abschaffung des Soli. „Ich bin kein Fan davon, Ostdeutschland immer noch als Problemfall zu sehen“, erklärte Sitta seine Haltung. Allerdings sei auch klar, dass weiterhin Mittel für den Städtebau benötigt werden. Sitta gab sich zuversichtlich, dass es beim Punkt der Städtebauförderung eine gemeinsame Lösung geben wird. Sein abschließender Appell richtete sich an die Anwesenden, auch zukünftig als geschlossener Verbund aufzutreten, um die wichtigen Themen der Wohnungswirtschaft sichtbar zu machen.

**GdW-Geschäftsführer Dr. Christian Lieberknecht, Hauptgeschäftsführerin Ingeborg Esser und Präsident Axel Gedaschko**

Foto: Tina Merkau

Foto: Tina Merkau

**Der Digital-Pionier Lars Hinrichs beschrieb den Anwesenden seine Vision vom Wohnen der Zukunft in einem Smart Home.**

Auch **Florian Pronold,** Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB), ging auf die politische Übergangssituation ein. Er äußerte Bedenken, dass künftig die Themen Wohnen und Städtebau und insbesondere die Errungenschaften der letzten Jahre in diesen Bereichen bei der neuen Regierung unter den Tisch fallen könnten.

## Ungleichgewicht in Stadt und Land

In seiner Rede rief GdW-Präsident Axel Gedaschko dazu auf, in der Diskussion um die wachsenden Unterschiede zwischen Ballungszentren und Regionen das große Ganze zu betrachten. Er verwies darauf, dass das Thema der 'abgehängten Regionen' auch jenseits des Wahlerfolgs der AfD diskutiert werden müsse. In dieser Diskussion „geht es nicht um einen Wettbewerb zwischen Städten und Regionen“, so Gedaschko. Vielmehr müsse man in diesem Zusammenhang fragen, ob eine politische Schwerpunktsetzung auf wenige Städte gut sei und die Missachtung der Situation stark schrumpfender Gegenden fair. Die Problematik des wachsenden Ungleichgewichtes zwischen Städten und Regionen lasse sich nur durch ein ganzheitliches Denken und Handeln lösen. „Wir brauchen nicht weniger als eine Art nationalen Plan: Raumordnung, Steuer- und Förderpolitik, Infrastrukturentwicklung, digitale Anwendungen auf Basis eines schnellen Internets gepaart mit viel Mut zur Veränderung. Das Thema Land muss immer in Wechselwirkung zur Stadt gedacht werden, nur so können künftig Probleme wie Wohnraummangel zeitnah gelöst werden“, so Gedaschko.

Foto: Tina Merkau

**GdW-Präsident mit Preisträgerin Ute Schäfer (LWB) und Staatssekretär Florian Pronold (v. l.).**

Foto: Tina Merkau

**Die DESWOS freute sich über die großzügigen Spenden für ihre Entwicklungsprojekte.**

## Ankerstädte stärken

Um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse wiederherzustellen, müssen auf Bundes- und Landesebene neue Wege eröffnet und konkret Öffnungsklauseln geschaffen werden. Die gezielte Förderung sogenannter Ankerstädte könne ein zentraler Ansatzpunkt sein, um ein 'Ausbluten' der Regionen zu verhindern. Die Frage des bezahlbaren Wohnens und Bauens sei dabei von Konsens getragen, betonte **Gunther Adler,** Staatssekretär im Bundesbauministerium. Die Politik müsse verantwortungsvoll die Rahmenbedingungen dafür schaffen. „Ich hoffe das die Politik, wie sie über die letzten Jahre in diesem Bereich gewachsen ist, fortgeführt wird“, sagte Adler.

## Smart Home 3.0

Einen höchst interessanten Ein- und Ausblick auf die Zukunft des Wohnens präsentierte der Digital-Pionier **Lars Hinrichs,** Xing-Gründer und CEO der Cinco Capital GmbH. Mit seinem Neubauprojekt Apartimentum in Hamburg widmet er sich als Bauherr der Entwicklung des intelligenten Hauses von Morgen. „In meiner Welt muss das Haus reagieren. Am Ende soll ein intelligentes, selbstlernendes Haus das Leben einfacher machen“, so Hinrichs. Die Antwort für viele dieser Entwicklungen rund um Smart Home sei die Cloud. Über eine intelligente Software werde sich die Wohnung weiterentwickeln und so auch auf die Bedürfnisse und Gewohnheiten der Bewohner eingehen. „All das geht, wenn Dinge miteinander sprechen und das tun sie über die Cloud“, erklärte Hinrichs seine Vision. Was nach Science Fiction klingt, ist im Apartimentum zumindest teilweise bereits Realität.

Foto: Tina Merkau

# Azubi-Kampagne der Wohnungswirtschaft gewinnt immobilienmanager Award 2017

Die Azubi-Kampagne der Wohnungswirtschaft ist mit dem immobilienmanager Award ausgezeichnet worden. Beim großen Gala-Abend am 2. März 2017 in Köln wurden Preise in insgesamt 14 Kategorien verliehen. Die Azubi-Kampagne setzte sich in der Kategorie „Kommunikation" gegen zwei weitere Nominierte durch. Der diesjährige Wettbewerb stand unter der Leitidee „Innovation ist gefragt. Innovationen werden gesucht."

„In der Wohnungswirtschaft geht es um Menschen und Mieter, die möglichst gut wohnen und leben wollen. Dafür engagieren sich Immo-Profis. Und um das auch langfristig weiterzuführen und gewährleisten zu können, brauchen wir gut ausgebildeten Nachwuchs. Mit der Azubi-Kampagne haben wir es geschafft, auf den tollen und wichtigen Beruf der Immobilienkaufleute aufmerksam zu machen und so viele neue Auszubildende zu gewinnen", freute sich Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbands der Wohnungswirtschaft GdW.

Die Jury lobte die Kampagne: „Sie holt die jungen Menschen, vor allem für Schulabgänger, die eine direkte Berufsausbildung suchen, dort ab, wo sie sind: Online, in den sozialen Medien oder dort, wo sie sich sonst häufig aufhalten. Die Kampagne bietet Antworten auf das, was junge Menschen suchen: eine mit Sinn erfüllte Berufs- und Lebensgestaltung."

Die Kampagne wurde vom GdW und seiner Mitgliedsverbände beauftragt. Die Entwicklung und Umsetzung liegt in den Händen der Agentur Bachler. Seit 2009 macht sie erfolgreich auf die Vorteile und die Attraktivität des Berufes Immobilienkaufmann/-frau aufmerksam. Die Kampagne wurde bundesweit ausgerollt, sodass der Informations- und Imagetransfer der gesamten Branche zugutekommt. Mitgliedsunternehmen des GdW binden die Kampagne oder Teile davon seitdem in ihren eigenen Webauftritt ein und gestalten ihr Recruiting auf diese kostengünstige Weise attraktiv. Wie gut die Kampagne den Nerv trifft, belegt ihr Erfolg: Online zählt sie mittlerweile 1,4 Millionen Besucher. Ihre Videoclips wurden in You Tube 120.000 Mal angeschaut.

Rudolf M. Bleser, Geschäftsführer des Immobilien Manager Verlages Köln freute sich über einen gelungenen Wettbewerb und über die feierliche Veranstaltung und hob hervor: „In der Gesamtschau erleben wir, wie reich die Immobilienwirtschaft ist – reich an dynamischen Unternehmen und mutigen Köpfen.

Foto: Steffen Hauser

# Zusammenleben mit neuen Nachbarn – Integrationspreis 2017 geht nach Lippstadt und Rheinsberg

Unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zeichnet der „Integrationspreis 2017" hervorragende Projekte aus, die dazu beitragen, in den Wohnquartieren lebendige Nachbarschaften zu erhalten, Ausgrenzung zu vermeiden und Integration zu unterstützen. Eine 11-köpfige Fachjury hat unter dem Vorsitz des ZDF-Fernsehmoderators Mitri Sirin aus dem großen Feld der qualitätsvollen Bewerbungen die besten Projekte ausgewählt. Zwei von ihnen wurden am 13. Juni in Hamburg mit dem Integrationspreis in den Kategorien „Nachbarschaften" und „Netzwerke" prämiert. Insgesamt hatten es 12 Projekte auf die Nominierungsliste geschafft.

Die Jury war beeindruckt von der Qualität und Vielfalt der vielen eingereichten Projekte. „Die Auswahl ist uns nicht leichtgefallen. Die eingereichten Projekte und Initiativen sind hervorragende Beispiele dafür, wie Konflikten innerhalb von Nachbarschaften begegnet werden kann. So kann Integration gelingen!", so die Einschätzung des Juryvorsitzenden Mitri Sirin.

Florian Pronold, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesbauministerium, zeichnete gemeinsam mit den Auslobern die Preisträger für ihr umfassendes Engagement aus. „Wir ehren heute herausragende Projekte, die den Gedanken der Integration in den Wohnquartieren und Nachbarschaften beispielhaft umgesetzt haben. Ihr Engagement in ihren Nachbarschaften für die Gesellschaft ist vorbildlich. Wir gratulieren Ihnen ganz herzlich und wünschen Ihnen alles Gute für ihre weitere Arbeit", erklärte Pronold anlässlich der Preisverleihung.

Der Wettbewerb ist eine Gemeinschaftsinitiative des AWO Arbeiterwohlfahrt Bundesverband, des Deutschen Städtetages, des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, des Deutschen Mieterbundes und des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung. Er wird durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) unterstützt.

**Kategorie: Netzwerke**

## Rheinsberger Modell: Dezentraler Wohnverbund

**„Rheinsberger Initiative"**
Ein starkes Netzwerk ehrenamtlicher Bürger unterstützt die Integration von Flüchtlingsfamilien
Einreicher: Rheinsberger Wohnungsgesellschaft mbH (REWOGE)

Im Oktober 2014 stand die kleine Stadt Rheinsberg erstmals vor der Aufgabe, Geflüchtete aufzunehmen. Die Stadtverwaltung und die Wohnungsgesellschaft REWOGE setzten von Anfang an auf eine dezentrale Unterbringung, damit der unmittelbare Kontakt zu den Einheimischen das Ankommen erleichtert. 40 Wohnungen wurden seitens der Wohnungsbaugesellschaft über Einzelmietverträge bereitgestellt. Parallel dazu übernahm die ‚Rheinsberger Initiative', als neues Netzwerk von Ehrenamtlichen, Wohnungsgesellschaft, Schulen, sozialen Trägern und Stadtverwaltung entstanden, die Koordination von Hilfsangeboten nach dem Motto: Hilfe anbieten, wo sie erwünscht und abgefragt wird. Statt Bevormundung wurde die Selbständigkeit der neuen Rheinsberger gefördert. Über eine transparente Öffentlichkeitsarbeit unter anderem durch das Magazin „Stadtleben" wurde die Rheinsberger Bevölkerung informiert. Eine „Lebensfibel" wurde gemeinsam erarbeitet und informiert über Regeln im nachbarschaftlichen Zusammenleben. Die neuen Bürger besuchen Sprachkurse, Schulen, arbeiten in örtlichen Betrieben oder absolvieren erste Praktika, bringen sich aktiv im öffentlichen Leben ein.

Die Jury würdigt, wie die Integration Geflüchteter in enger Zusammenarbeit zwischen Stadt, Wohnungsgesellschaft und Bürgerschaft gelungen ist. Mittlerweile leben 200 Geflüchtete in Rheinsberg.

**Die Preisträger aus Rheinsberg**

Fotos: Jann Wilken

**Kategorie: Nachbarschaft**

# Flüchtlingen ein Gesicht geben

**„Migranten mischen mit“ (MMM) in Lippstadt**
Ein Projekt von jungen Flüchtlingen
für junge Flüchtlinge
Einreicher: AWO Arbeiterwohlfahrt Hochsauerland/Soest, Jugendmigrationsdienst

Hinter jedem geflüchteten Menschen steht ein Schicksal, eine Geschichte. Jeder Einzelne von ihnen hat Talente, die unsere Gesellschaft bereichern können. Diese Botschaft vermittelt das Projekt „Flüchtlingen ein Gesicht geben“. Einmal wöchentlich trifft sich die Gruppe MMM „Migranten mischen mit“ im Jugendmigrationsdienst der AWO. Die Jugendlichen im Alter von 15 bis 24 Jahren sind fast alle auch als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen und kennen die Situation der neueingewanderten Jugendlichen sehr genau. Mit professioneller Unterstützung durch die Arbeiterwohlfahrt erarbeitete die Gruppe ein Konzept für die Durchführung von Interviews mit den Zuwanderern. Aus den Antworten auf Fragen wie: Warum hast du dein Land verlassen? Wie hast du die Flucht erlebt? Was sind deine Stärken? Was sind deine Wünsche und Träume für die Zukunft? setzen sich bereits kleine Geschichten zusammen. Es entstanden ausdrucksstarke Ausstellungstafeln mit sorgfältig zusammengestellten Texten und den dazugehörigen Porträtfotos der interviewten Gesprächspartner. Über ein Bühnenprogramm, die Presse und eine Wanderausstellung, die u.a. in Schulen präsentiert wird, hat das Projekt bereits weit über 2.000 Personen unmittelbar erreicht.

Foto: Jann Wilken

**ZDF-Fernsehmoderator Mitiri Sirin führte durch die Preisverleihung.**

Die Jury war beeindruckt: Das Projekt schafft Gelegenheiten zur Begegnung und führt junge Geflüchtete, über den durch die Porträts gelingenden Perspektivwechsel, auf neue Weise mit der einheimischen Bevölkerung zusammen.

**Die Preisträger aus Lippstadt**

Foto: Jann Wilken

# Engagement für menschenwürdige Wohn- und Lebensverhältnisse – **Die Selbsthilfe-Projekte der DESWOS!**

DESWOS

„Kontinuität und Loyalität der DESWOS gegenüber haben zahlreiche Unternehmen und Verbände in der Wohnungswirtschaft auch im Jahr 2017 wieder bewiesen, indem sie für Hilfsprojekte der DESWOS gespendet haben. Das schätzen wir sehr und dafür sind wir dankbar“, würdigt DESWOS Generalsekretär Gerhard Müller das Engagement von Dienstleistern, Wohnungsunternehmen und Verbänden in der Wohnungswirtschaft.

*Hilfe zur Selbsthilfe* ist ein Leitsatz der DESWOS Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen e.V. Die brancheneigene Fachorganisation der Entwicklungszusammenarbeit hat das Ziel, Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika ein menschenwürdiges Zuhause zu verschaffen, Hilfe zur Sicherung ihrer Existenz und eine Chance zur Ent¬wicklung zu geben.

**Endlich gibt es genug sauberes Trinkwasser für die Becher, dank vieler Spenden wie der von Techem Energy Services**

Foto: BBU, Ina Merkau

**Ein gerade fertig gestelltes erdbebensicheres Haus, gefördert vom VdW Niedersachsen und Bremen und seinen Mitgliedern**

Foto: DESWOS

**Mit Spenden wie der von der Deutsche Kautionskasse kann die DESWOS den Bau von 90 Trockentrenntoiletten fördern.**

Die DESWOS wird vom GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobi¬lienunternehmen, den im Bundesverband organisierten Unternehmen und Verbänden, den GdW-Fördermitgliedern sowie Privatpersonen durch Mitgliedschaften, Spenden und ehrenamtliches Engagement unterstützt.

Ein menschenwürdiges und sicheres Zuhause, die Versorgung mit sauberem Trinkwasser und Sanitärlösungen, die Hygiene ermöglichen, sowie Schul- und Berufsbildung wurden mit Spenden der Mitglieder und Förderer ermöglicht. Dank dieser Unterstützung konnte die DESWOS gemeinsam mit den Projektpartnern im Jahr 2017 insgesamt 22 Projekte in zwölf Ländern realisieren.

Foto: Aareon AG, Christian Klant

**Dr. Manfred Alflen, Vorstandsvorsitzender der Aareon AG, überreichte dem DESWOS-Generalsekretär Gerhard Müller den Spendenscheck.**

Foto: DESWOS

**Die Attraktion des Abends: Berliner „Blues Brothers" zogen als Glücksfeen die Gewinner-Lose, ganz zur Freude von Werner Wilkens (DESWOS), Axel Gedaschko und Carsten Herlitz (GdW).**

Foto: DESWOS

**hotspot-Moderator Joachim Eckert überreichte im Namen der Organisatoren der Veranstaltung die gespendeten Teilnehmergebühren über 3.600 Euro an Gerhard Müller und Axel Gedaschko.**

Foto: DESWOS

**Am Tag der Wohnungswirtschaft 2017 überreichte die Vodafone Kabel Deutschland GmbH, vertreten durch Christian Biechteler (Mitte), Mitglied der Geschäftsleitung, den symbolischen Scheck an Axel Gedaschko und Gerhard Müller**

Kontinuität in der DESWOS-Förderung praktiziert die **Aareon AG** seit vielen Jahren. Zum zwölften Mal in Folge spendete Aareon 10.000 Euro auf ihrem Kongress am 2. Juni 2017 an die DESWOS. Die Spende hat geholfen, Unterkünfte für Handwerkerfamilien nahe der tansanischen Stadt Arusha zu finanzieren. Die Kongressteilnehmer unterstützen mit ihrer Anmeldung diese Spende.

Bei der **GdW-Veranstaltung** *Tag der Wohnungswirtschaft* am 15. November 2017 kamen am Abend durch eine von GdW MitarbeiterInnen organisierte **Tombola** über 6.600 Euro Spenden zusammen. Damit förderte der GdW einen Mobilen Ausbildungsbus im DESWOS-Ausbildungsprojekt in Dar-es-Salaam, Tansania. Die Tombola erfolgte mit freundlicher Unterstützung von Miele, Travelcheck und Ebay.

Bei **„hotspot / 2. Forum der Wohnungswirtschaft"** spendeten die Organisatoren für das Projekt Mobiles Ausbildungszentrum in Dar-es-Salaam in Tansania 3.600 Euro. Das Event „hotspot", das von der Agentur gambit ins Leben gerufen wurde, ist eine Fachtagung mit 12 Dienstleistern aus der Branche. „hotspot"-Moderator Joachim Eckert überreichte den symbolischen Scheck, für den bei der Fachtagung am 6. November 2017 in Dortmund die Teilnahmegebühren gesammelt wurden.

Als langjähriger Unterstützer spendete **Vodafone Kabel Deutschland GmbH** auch in diesem Jahr 20.000 Euro an die DESWOS. Zum zwölften Mal erhielt die Fachorganisation damit eine Großspende der Kabelnetzbetreiberin, diesmal für den Schulausbau der Friedensschule im indischen Ort Pettavaithalai.

Der Energiedienstleister **Techem** überwies wie im Vorjahr im Rahmen seiner Weihnachtsspenden 7.500 Euro an die DESWOS. „Wir haben uns dieses Mal für ein Projekt entschieden, das die Wasserversorgung einer Grundschule und eines Kindergartens für Waisen- und Straßenkinder in Kisubi, einer Kleinstadt in Uganda, verbessert", erläutert Techem CEO Frank Hyldmar. „Trinkwasserqualität ist – ähnlich wie der Klimaschutz – ein hohes Gut, mit dem wir uns bereits seit vielen Jahren auch für unsere Kunden intensiv auseinandersetzen."

Mit den Spenden aus drei Benefiz-Golfturnieren der Haufe-Gruppe konnte im Jahr 2017 das Schul- und Ausbildungszentrums in Dar-es-Salaam, Tansania gefördert werden. 37.174 Euro Spenden erbrachte die Turnierserie. Ermöglicht wurden die Turniere von den Hauptsponsoren Haufe-Lexware Services Gmbh & Co KG, DOMUS AG, Dr. Klein Firmenkunden AG und Vallox GmbH sowie den Sponsoren der „Get together"-Veranstaltungen, KNAUF, tesa nie wieder bohren GmbH, TECE, VIESSMANN, WL-Bank und dem Pokalstifter für die Sonderwertungen EBZ BUSINESS SCHOOL alumni.

Die **Deutsche Kautionskasse AG** verzichtet seit drei Jahren auf Weihnachtspräsente an Kunden und spendet stattdessen an die DESWOS. Diesmal gingen die 1.500 Euro an das weihnachtliche Projekt der DESWOS zum Bau von Trockentoiletten im Mulanje Distrikt in Malawi. Die Gefahr für Menschen, durch wasserbezogene Krankheiten zu sterben, kann mit der Nutzung von Trockentrenntoiletten deutlich reduziert werden.

Für ein „buen vivir“, also für ein besseres Leben der Menschen im DESWOS-Projekt San Marcos in Nicaragua, hieß das Motto des **BBU Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V.** zum 120-jährigen Jubiläum. Der BBU verband das Jubiläum mit einer Spendenaktion für das Projekt San Marcos. Dort werden für 100 Landarbeiterfamilien erdbebenresistente Häuser gebaut, Wasserreservoirs angelegt und die kleine hofeigene Landwirtschaft gefördert. Der BBU und seine Mitglieder haben insgesamt 12.966 Euro Spenden erzielt.

Ein sicheres Haus sowie menschenwürdige Toiletten und Waschräume sind weltweit nicht selbstverständlich. Darum unterstützt der **vdw Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Niedersachsen und Bremen** das Projekt „Gemeinsam beraten und bauen in San Gregorio“ in Nicaragua. 25.298 Euro Spenden kamen mit Hilfe der Mitgliedsunternehmen des VdW für den Neubau und die Renovierung von Häusern zusammen.

Foto: DESWOS

**Beeindruckende Wetterfestigkeit, viel Sportsgeist und hohe Spendenbereitschaft haben wieder alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer gezeigt.**

Foto: DESWOS

**Fair gehandelten „Geburtstags“-Kaffee aus der Projektregion in Nicaragua schenkten neun Auszubildende der Deutsche Wohnen und PWG 1956 für die Gäste des BBU Verbandstags am 8. November 2017 aus.**

**Helfen auch Sie mit!** Werden Sie Mitglied im Kreis der Förderer der DESWOS!

Durch Mitgliedschaft und Spenden
- unterstützen Sie den Bau von Häusern, Kindergärten, Schulen und Gemeindezentren
- ermöglichen Sie Kindern den Schulbesuch und Jugendlichen eine Ausbildung in Bauberufen und im Handwerk
- schaffen Sie Arbeitsplätze und Einkommen durch Kleingewerbe und in der Landwirtschaft
- fördern Sie wirtschaftlich und sozial benachteiligte Frauen
- sorgen Sie für sauberes Trinkwasser, verbesserte Hygiene und Gesundheit

DESWOS Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen e.V.
Telefon 0221 57989-0
E-Mail: public@deswos.de
www.deswos.de

**Spendenkonto**
DESWOS
Sparkasse KölnBonn
IBAN: DE87 3705 0198 0006 6022 21
SWIFT-BIC: COLSDE33

# Die Wohnungswirtschaft Print & Web

**GdW Publikationen im Jahr 2017:**

**Jahresrückblick 2016 – „Bauen. Wohnen. Leben. – Wohnungspolitik neu denken“**
Februar 2017

**GdW Arbeitshilfe 78 – „Compliance in der Wohnungswirtschaft“**
Februar 2017

**GdW Arbeitshilfe 80 – „Mustersatzungen Muster-geschäftsordnungen und Musterwahlordnung für Wohnungsgenossenschaften 2017“**
März 2017

**Fakten-Booklet – „10 Fakten zur sozialen Verantwortung“**
März 2017

**Fakten-Booklet – „10 Fakten zum Wohnungsbau“**
Mai 2017

**Fakten-Booklet – „11 Fakten zum Klimaschutz“**
Mai 2017

**Fakten-Booklet – „11 Fakten zur Integration“**
Juli 2017

**Fakten Booklet - „10 Fakten zum Wohnen jenseits der Metropolen“**
August 2017

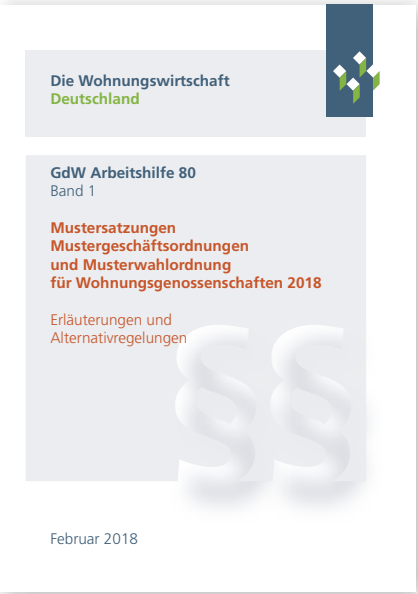
**GdW Arbeitshilfe 79 – „Tax Compliance“**
September 2017

**Fakten-Booklet – „14 Punkte für eine neue Wohnungspolitik“**
September 2017

**Dokumentation – „Integrationspreis 2017“**
Oktober 2017

**Fakten-Booklet – „Was für die nächsten 4 Jahre wichtig ist“**
November 2017

**Wohnungswirtschaftliche Daten und Trends 2017/2018**
November 2017



Der GdW hat sich in den Sozialen Netzwerken eine umfassende Kommunikationsplattform aufgebaut. Sie werden von uns schnell, kompetent und direkt auf Youtube, Xing und Twitter über die aktuellen Geschehnisse der Wohnungspolitik auf Bundesebene informiert.

**YouTube – Sehen Sie den GdW auf der weltweit bekanntesten Videoplattform**

Im GdW-eigenen Youtube-Kanal finden Sie regelmäßig aktuelle Interviews und Berichte unserer Veranstaltungen sowie Kurzportraits der Preisträger des Genossenschaftspreises und des Preis Soziale Stadt. Sie finden uns auf Youtube unter *www.youtube.com/GdWBundesverband*

**XING-Gruppe „Wohnungswirtschaft im GdW" – Der Branchentreff im Social Web**

In dem auf Beruf, Geschäft und Karriere spezialisierten sozialen Netzwerk „XING" bietet die Gruppe „Wohnungswirtschaft im GdW" eine ideale Plattform zum Austausch und zur Diskussion über die aktuellen und brennenden Themen der Branche. Sie finden die Gruppe auf *www.xing.com* im Menüpunkt „Gruppen finden" unter „Wohnungswirtschaft im GdW"

**Der GdW auf Twitter – Heute schon gezwitschert?**

Der GdW ist hier mit inzwischen über 1.700 Followern präsent. Wir twittern Aktuelles zur Wohnungspolitik und berichten außerdem regelmäßig live von unseren Veranstaltungen. Sie finden uns auf *www.twitter.com/gdwwohnen*

**WohWi-App**

In der Mobile-App der Wohnungswirtschaft finden Sie alle aktuellen Themen, Termine, Meinungen und Berichterstattungen rund um die Wohnungswirtschaft. Get the WohWi-App:

**Die neue App „GdW Publikationen" ist da!**

Für alle, die unterwegs auf GdW-Publikationen zugreifen möchten, bringt die neue App „GdW Publikationen" alle kostenfreien Broschüren des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft mobil und gut leserlich auf Ihr Smartphone und Tablet:

# Neue Website der Wohnungswirtschaft Deutschland

Mit dem neuen Portal www.wohnungswirtschaft.de hat der Spitzenverband der Wohnungswirtschaft GdW die zentrale Anlaufstelle für alle Informationen aus der Branche geschaffen. Als Ergänzung zur weiterhin bestehenden Verbandsseite web.gdw.de bietet die neue Branchenwebsite speziell zugeschnittene Materialien für die breite Öffentlichkeit – im Look der Imagekampagne der Wohnungswirtschaft.

Quelle: www.wohnungswirtschaft.de

**Die Branchenwebsite www.wohnungswirtschaft.de**

# Ausblick 2018: Veranstaltungen

**Veranstaltungen von und mit dem GdW**

**Aareon-Kongress „Status.Trends.Visionen."**
6.-8. Juni, Garmisch-Partenkirchen

**WohnZukunftsTag**
20. und 21. Juni, Berlin

**Expo Real**
8.-10. Oktober, München

**Tag der Wohnungswirtschaft**
14. November, Berlin

Weitere Infos zu Programmen, Anmeldung sowie laufende Aktualisierungen unter
web.gdw.de/service/veranstaltungen

# wi: Wohnungspolitische Informationen

**Kompakte Informationen für politische Entscheider – jede Woche neu**

Die Fachzeitschrift „Wohnungspolitische Informationen" liefert Ihnen Woche für Woche kompakt, auf sechs bis zwölf Seiten zusammengefasst, Berichte über alle relevanten Entwicklungen und Entscheidungen auf EU-, Bundes-, Länder- und Kommunalebene.

Schnelle und präzise Informationen für wohnungspolitische Entscheider und Unternehmer, die langfristige Unternehmensplanungen politisch absichern wollen. Heute wissen, was morgen politisch entschieden wird: Die „wi" berichtet über Bundes- sowie EU-Initiativen und -Gesetzgebungsverfahren die zeitversetzt in Deutschland umgesetzt werden müssen.

wi-Abonnenten erhalten die wi jede Woche als Printmagazin auf ihren Schreibtisch. Außerdem können Sie die wi digital lesen – und sind damit immer aktuell informiert.

**Sie möchten die wi abonnieren?**
Sie können die wi als „Mini-Abo" für drei Monate abonnieren oder aber gleich ein Jahresabonnement buchen.
Für Studenten gibt es besondere Rabatte.

Hier geht's direkt
zum wi-Abo:
https://goo.gl/Xqi0Eq

Die Wohnungswirtschaft
Deutschland

GdW

GdW Bundesverband deutscher Wohnungs-
und Immobilienunternehmen e.V.
Klingelhöferstraße 5
10785 Berlin

Brüsseler Büro des GdW
3, rue du Luxembourg
1000 Bruxelles